INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 2,50 DM

2 DM

Nr. 198

18. Juni 1992

Vorwärts:
Dies ist noch nicht die Sommerlochinterim, der beschränkte Umfang ist aus personellen Gründen diesmal notwendig. Allerdings ist der Eingang inhaltlicher Papiere aus Berlin sowieso wieder äußerst dürftig, und insofern spiegelt das dies dünne Heft korrekt wider. Auf der Terminseite gibts dafür eine auffällige Häufung von Fetenankündigungen für das Wochenende. Wir empfehlen: vorher die Demo in Bonn für die Freilassung aller politischer Gefangenen, oder hier in Berlin gegen den § 218.
In einem Brief an uns schreiben zwei Leute, daß sie auf einer Szenefete wegen Alter und Kleidung fälschlicherweise als Spitzel verdächtigt und fotografiert wurden. Wir sind weder die Institution um den Wahrheitsgehalt solcher Vorwürfe zu überprüfen, noch die Adresse um eine Aussprache zwischen euch und den Leuten von der Fete zu organisieren. Wir können nur nochmal sagen, daß mit solchen Vorwürfen unbedingt verantwortungsvoll und genau umzugehen ist. Diskussionenen darüber hat es in der Vergangenheit immer wieder gegeben und sind wohl weiterhin nötig.

Berlin im Aufwind

Inhalt

Ordner
- Hoyerswerda in Mannheim-Schönau
- FR-Artikel zur Bullenrazzia gegen Flüchtlingswohnheime in Sachsen
- Programm des intern. Kongresses gegen den WWG 3. - 5. 7. München
- Prozeßinfo Hausbesetzung Münster
- Aktion gegen Burschenschaften in Karlsruhe
- Anschlag gegen Reps in Hannover
- Big Flame: Sexualität und Faschismus
- Flugblatt zur Habsburg-Veranstaltung in Gö
- Dev Sol Nachrichten Nr. 51
- Kurdistan-Nationalisten-Linke

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Vertriebsbedingungen:

Einzelabos und **Einzelbestellungen**, auch von alten Heften gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit. (Wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken.) Geht bitte in den nächsten Info-Laden, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Fotokopieren geben.
Ausnahmen davon gibt es folgende:
Knastabos gibt es umsonst und auch
Infoläden und -cafés außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.

Buchläden und andere **WiederverkäuferInnen** können jederzeit ab 3 Exemplaren bei uns bestellen.
Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens 3 Hefte jede Woche.

Redaktionsschluß ist immer **montags**. Wenn's ganz dringend ist, könnt ihr's auch noch Dienstag probieren. Aber da leeren wir den Briefkasten nicht immer.

Alle **Artikel**, die ihr uns zusendet, sollen **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine o. ä. schreibt, mal ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Foto oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?

Artikel, die **nicht veröffentlicht** wurden, kommen in aller Regel ohne Kommentar in die Ordner. Diese befinden sich im Papiertiger, Cuvrystr. 25 und im Kopierladen M99 in der Manteuffelstr. 99 und sind dort allgemein zugänglich.

Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen, und auch nicht in den Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.

Es gilt Anzeigenliste Nr. 3 vom 1. Mai 1989.

HER MIT DEN KINDL-FESTSÄLEN

13.6. : KIEZZENTRUM EROBERT...

Samstag um 18 Uhr war es endlich soweit:
Einige Wagemutige Menschen erklommen das leerstehende Gebäude in der Hermannstraße, um es einem sinnvollen Zweck zuzuführen. Denn was wir brauchen, ist ein unabhängiges Kiezzentrum für all die politischen Projekte, die der Mietenschraube zum Opfer fallen wie der geräumte Krümelladen, der 3.Weltlasen, die ausländischen Jugendprojekte und natürlich viele andere Interessierte. - wie schon gesagt: für Seniorentanz und Punkkonzert, Bingoabend und Quietschdisko -
Was wir dagegen auf keinen Fall hier wollen, ist das von der Spekkifirma "Bauwert-Wohnwert" geplante Prestigeprojekt Luxus-Hotel samt Büro- und Gewerbekomplex! Um deren Geldgier zu unterstützen, soll Woolworth weichen und in die Kindl-Säle ziehen. Daß das zu weit geht, liegt auf der Hand. Und weil nicht nur wir dieser Meinung sind, kamen am Samstag UnterstützerInnen und AnwohnerInnen auf die Straße, um die Besetzung zu schützen bzw ihre lautstarke Solidarität zu äußern. Auch Gewerbetreibende in derStraße waren hocherfreut und spendeten sogar was für unser leibliches Wohl.

....und geräumt

Leider hielt die gute Stimmung nur 4 Stunden an, denn die Bullen rückten an und räumten brutal die UnterstützerInnen vom Gehsteig! Dann begannen sie, sich den Weg durch verschlossene Türen und ein ziemlich verrumpeltes Hausinneres zu bahnen, um uns rauszuholen. Ganz toll fanden wir, daß so viele noch in anderen Kiezen und auf Festen mobilisiert haben, daß ca 50 Leute bis zum Schluß blieben und so die Räumung nicht sang- und klanglos über die Bühne ging. VIELEN DANK EUCH ALLEN !!!
Dies, die vielfach positiven Kommentare von Schaulustigen und die Resonanz in der Presse fanden wir trotz Räumung erfolgreich und geben Mut zum weitermachen. Denn die Besetzung ist nur ein -wenn auch wichtiger- Teil der Mobilisierung gegen die Umstrukturierungsdampfwalze in Neukölln. Wenn wir es schaffen, an diesem Punkt einzugreifen und ihre Planung verhindern, kann das ein wichtiger Schritt sein zu breiteren Aktivitäten gegen die Vertreibungs- und Ausbeutungspolitik der HERRschenden.
HEUTE IST NICHT ALLE TAGE - WIR KOMMEN WIEDER KEINE FRAGE !!

Am Montag Nachmittag gabs dann noch eine Kundgebung vor dem Rathaus Neukölln aus Protest gegen die Räumung, an der sich einige UNterstützerInnen beteiligten und über die Besetzung informierten.

\+ **Kiezpalaver am Do. den 18.06. um 19 Uhr** **im Nachbarschaftsheim in der Morusstr. 18a**
(Nähe U-Bhf Karl-Marx-Str.)



Bisherige Bilanz der Geschehnisse in Mannheim.

Mannheim. Auf der "Demo" am Samstag sind nach Angaben des Ermittlungs-Ausschußes insgesamt ca.190 Personen festgenommen worden. Die genaue Zahl ist nicht bekannt da sich nicht alle Festgenommenen gemldet haben.
Die Zahl der Verletzten dürfte die uns bekannten ca 30 Fälle weit überschreiten.25 Personen waren am Samatag inden Mannheimer Krankenhäusern, weitere 5 bei unseren Sanis.Die meisten Verletzungen waren nicht so derbes gab wohl hauptsächlich Platzwunden,Prellungen u Bisswunden.Zwei Leute blieben im Krankenhaus,einer mit gebrochenem Oberarm der andere mit einer tiefen Bisswunde(Reporter des "Mannheimer Morgen ".
Das ganze Wochenende über werden Szene-Kneipen und Treffpunkte observiert-Autos kontrolliert und Personalien festgestellt.
Am Untersuchungsknast finden fast jeden Abend kurze Kundgebungen für Ole statt,der am Dienstag(7.6.)eingefahren ist. Er war auf dem weg zum Flüchtlingsheim vin rassistischen BürgerInnen angegriffen worden. Nachdem er und andere Antifas aus Heidelberg sich vor dem Mob in Sicherheit gebracht hatten wurden sie von den Bullen festgenommen. Die anderen wurden noch Nachts entlassen,gegen Ole gabs nen Haftbefehl wegen seiner Totalverweigerung. Er wird wohl am Mittwoch nach Bremmen Verschubt.
Dei Kurzkundgebungen hat er wohl mitgekriegt da durch Trommeln, Pyros etc. ein guter Lärmpegel erreicht wurde.

Göttingen: In Göttingen gabs Samstag nacht ne Spontandemo von 100 Leuten, bei der es einigen Glasbruch gab.
Am montag erneute Demo mit ca 500 Leuten.

Mainz: Auch hier Spontandemo zu den Ereignissen in Mannheim.

Heidelberg: Spontandemo gegen Rassismus,Bullenterror u. Demoverbot mit ca.150 Leuten. Die Demo geht zur Rhein Neckar Zeitung dort soll eine Presseerklärung überreicht werden ,die anwesenden MitarbeiterInnen schließen sich panikartig ein·Die Erklährung wird duch den Zaun gereicht.
Anschließend geht die Demo vor die Hauptbullenwache dort gibts ne 20 minütige Kundgebung. Als starke Polizeikräfte gesammelt werden löst sich die Demo auf.
Im laufe des Abends kommt es in der Altstadt zu Personenkontrollen,wahrscheinlich gab es auch Festnahmen.
Außerdem wurde in der Nacht zuvor die Wache der Einsatzhundertschaft HD mit Sekundenkleber u. Stecknadel dichtgemacht.
In der gleichen Nacht wurd die Staatsschutz-Polizeiwache in der Rohrbacher Straße Entglast und mit Farbbeuteln beworfen.

Weitere Infos über Info Laden Moskito
Autonomes Zentrum
Alte Bergheimerstr,7a
6900 Heidelberg
Täglich ab 20 Uhr
Tel 06221/181200

INFORMATIONEN ZU DER DEMO UND DEN VORFÄLLEN AUF DER SCHÖNAU :

TEL. 069 - 703337
TEL. 06251 - 77425
TEL. 0621 - 21705
TEL. 06251 - 56771

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Die Stadt zeigt ihr Gesicht

Reisende Polizeigewalttäter in Mannheim

Am gestrigen Samstag, den 6.6. um 19.20 Uhr stürmten starke Polizeikräfte mit rabiater Gewalt das Jugendzentrum O 4, 8. Die ca. 60 anwesenden, teiweise minderjährigen CafebesucherInnen wurden zum größten Teil verhaftet.
Zu diesen Vorfällen und Entwicklungen die voraus gingen, wollen wir Stellung nehmen.

Chronologie der Ereignisse:
Am Donnerstag, den 4.6. wurde von Einzelpersonen eine Demonstration auf der Schönau angemeldet, die ihren Protest gegen den dort herrschenden Rassismus und die Angriffe gegen das Flüchtlingswohnheim Ausdruck verschaffen wollte. Zu dieser Demonstration wurde bundesweit aufgerufen.
Am Freitag, den 5.6. wurde vom Ordnungsamt der Stadt Mannheim ein Demonstrationverbot, was sich über ganz Schönau erstreckte, ausgesprochen. Versuche von Seiten der DemonstrantInnen mit Verantwortlichen von Stadt und Polizei Verhandlungen zu führen scheiterten aufgrund des mangelnden Interesses dieser Personen. Es wurden alle zur Verfügung stehenden Mittel genutzt, um gegen dieses Demonstrationsverbot vorzugehen.
Am Samstag, den 6.6. um 13 Uhr bestätigte der Verwaltungsgerichtshof Mannheim in 2. Instanz wider Erwarten das Verbot.
Aufgrund der bundesweiten Mobilisierung war davon auszugehen, daß von außerhalb viele DemoteilnehmerInnen zu erwarten waren und nicht mehr über das Demonstrationsverbot informiert werden konnten. Von Seiten der UnterstützerInnen der Demonstration gab es folgende Versuche, die Situation zu entschärfen:

1. Die Idee war, von der Innenstadt ausgehend eine Spontandemo gegen das Demonstrationsverbot durchzuführen. Und an den Polizeisperren anreisende DemonstrationsteilnehmerInnen über die momentane Situation in Mannheim aufzuklären, um somit dort Auseinandersetzungen mit der Polizei zu vermeiden.

2. Parallel dazu wurde intensiv versucht den zuständigen Polizeieinsatzleiter Grentrupp telefonisch und persönlich zu erreichen. Dies gelang endlich gegen 16 Uhr.In den folgenden Gespräche im Flüchtlingswohnheim teilte Herr Grentrupp unmißverständlich mit, daß mit keinerlei Entgegenkommen von Seiten der Polizei zu rechnen sei.

3. Kurze Zeit später erschien OB Widder und teilte mit, daß jegliche Demonstration oder Kundgebung ,ob in Schönau oder anderswo, verboten sei und von der Polizei sofort aufgelöst werden würde. Jeder Versuch, OB Widder von der Deeskalationstrategie zu überzeugen, wurden von ihm mit dem Hinweis auf das VGH-Urteil niedergeschmettert. Es war offensichtlich, daß OB Widder in keiner Weise zur Deeskalation beitragen wollte. Es drängte sich im Gegensatz der Eindruck auf, daß er eine "militärische Lösung" suchte. Damit waren alle Versuche auf die kommenden Ereignisse Einfluß zu nehmen gescheitert.

4. Inzwischen sammelten sich auf dem Paradeplatz ca. 500 Menschen friedlich zu der Spontandemonstration und um 19.20 Uhr wurde die Versammlung durch brutalen und rabiaten Knüppeleinsatz von der Polizei auseinander geprügelt. Es brach große Panik aus und TeilnehmerInnen sowie Passanten flohen durch die Innenstadt, gefolgt von prügelnden Polizeibeamten.

Die Vorfälle im und vor dem Juz

Zu diesem Zeitpunkt war das Cafe des JUZ von Unbeteillgten gut besucht. Wenigen Verletzten und Verfolgten gelang es,Zuflucht im Juz zu finden. Um die anwesenden Unbeteiligten zu schützen, wurde die Tür hinter den Eintreffenden verschlossen. Bei den Verletzten wurde 1. Hilfe geleistet. Eintreffende Polizeikräfte versuchten zuerst die Eingangstür aufzutreten. In der Zwischenzeit wurde unter uns diskutiert, die Tür evtl. zu öffnen. Die Entscheidung wurde uns durch die Polizei abgenommen, denn zuerst wurde die Tür von außen verbarrikatiert und um 20.10 Uhr mit einem Rammbock aufgebrochen. Das weitere Vorgehen der Polizei war sehr konfus. Es war offensichtlich, daß die betreffenden Einsatzleiter keine Ahnung hatten, warum sie sich hier befanden. Ein zur Versorgung eines Verletzten herbeigerufener Notartz erhielt, trotz Protest, keinen Einlass. Auch ein von uns informierter Rechtsanwalt hatte keinen Einfluß auf das Vorgehen der Polizei. Ca. 1 Stunde später begann die Polizei damit, die Anwesenden ohne Begründung zu verhaften und abzutransportieren. Gegen 22.30 Uhr beendete die Polizei aus unerfindlichen Gründen die Verhaftung der BesucherInnen, obwohl noch ca. 20 Personen anwesend waren.

Die Verhafteten wurden teilweise in Ludwigshafen erkennungsdienstlich behandelt, andere Gefangene im Herzogenried wurden nach ein paar Stunden wieder freigelassen. Das JUZ wurde nach dem Abtransport der Unbeteiligten sofort von uns geschlossen.
Vor dem Jugendzentrum befanden sich die ganze Zeit Protestierende und Schaulustige, die lautstark den vehementen Polizeieinsatz verurteilten. Eltern von verhafteten Minderjährigen versuchten ebenfalls auf die Polizei Einfluß zu nehmen.

Wir verurteilen das Vorgehen von Stadtverwaltung und Polizei auf das Schärfste. Die Politik und das Handeln dieser Institutionen war von Anfang an darauf ausgerichtet, jeglichen legalen Protest gegen die in Schönau stattfindenden rassistischen Übergriffe mit allen Mitteln zu verhindern. Das durch die Stadt und Presse aufgebaute Feindbild von masseweise anreisenden Gewalttätern hat sich als nichtig erwiesen. Es kam von Seiten der DemonstrantInnen zu keinerlei Provokationen oder Gewalttaten. Um zu verhindern, daß die progromartigen rassistischen Ausschreitungen eine größere Öffentlichkeit erreichen, ist OB Widder jedes Mittel recht:
- das Verbot der Demonstration,
- das Nichteingehen auf das Verhandlungsangebot
- das Zusammenziehen riesiger Polizeikräfte
- deren auf Konfrontation angelegtes brutales Eingreifen

Damit sollte von der eigenlichen Situation abgelenkt werden.Dieses Ziel war ihnen wichtiger,als die körperliche Unversehrtheit der DemonstrantInnen und Mannheimer BürgerInnen.

Zur Situation des JUZ

Die Stürmung des JUZ durch die Polizei ist offensichtlich ein weiterer plumper Versuch,das JUZ in der Öffentlichkeit in Mißkredit zu bringen.Die bisherigen Versuche von Seiten der Stadt,das Jugendzentrum zu schließen sind bisher gescheitert.Es ist anzunehmen,daß durch eine Kriminalisierung des Jugendzentrums und seinen BesucherInnen dieses Ziel weiter verfolgt wird.Wir verstehen diesen massiven Polizeieinsatz im JUZ als strategisches Mittel,um das ursprüngliche Ziel,nämliche die Schließung,zu erreichen.Dies werden wir jedoch mit Sicherheit nicht ohne Widerstand hinnehmen.

V.i.S.d.P. JUZ O4,8

Von einem geplatzten Treffen der Paneuropa-Jugend und einer Reaktion auf den Polizeistaat à la Mannheim

Am 12. Juni 1992 wollte die Paneuropa-Jugend, Kreisverband Göttingen, eine Veranstaltung mit Otto von Habsburg im Hotel „Freizeit In" durchführen. Diese Veranstaltung platzte. Wie kam es dazu?

Im Januar 1992 wurde in Göttingen der Kreisverband der Paneuropa-Jugend (PEJ) gegründet. Dieses Ereignis wurde von der Presse mit Interesse und positiver Berichterstattung verfolgt. Wie dies zu bewerten ist, läßt sich aus unserem Flugblatt und der ersten Pressemitteilung entnehmen. Der PEJ-Kreisverband wollte zunächst die Räumlichkeiten der Universität Göttingen für die Veranstaltung am 12. Juni anmieten. Vermutlich aus politischer Weitsicht verweigerte der Universitätspräsident der PEJ die Räumlichkeiten, da die Universität Göttingen auch in der Vergangenheit schon häufiger Ort engagierter politischer Auseinandersetzungen war. Wir erinnern uns dabei beispielsweise an den Auftritt des damaligen CDU-Generalsekretär Geißler oder den Besuch des Umweltminsters Töpfer vor einiger Zeit.
Die Paneuropa-Jugend mit ihrem Ortsvorsitzenden Mathi s Müller-Heibert mußte also umplanen, suchte und fand schließlich im Tagungshotel „Freizeit In" einen Veranstaltungsort.
Da die Abgelegenheit des Hotels für uns kein Anlaß zur Untätigkeit war, mobilisierten wir wie geplant zu einer Verhinderung der Veranstaltung mit Habsburg.
An den von uns einberufenen Vorbereitungstreffen zur Verhinderung der PEJ-Veranstaltung nahmen verschiedene Gruppen aus dem autonomen bzw. linken Spektrum Teil, so daß abzusehen war daß sich viele an der Verhinderungsaktion beteiligen würden.
Am 9. Juni 1992 führte die Autonome Antifa (M) eine ausführliche Informationsveranstaltung zum Thema „Neue Rechte – Etwas Neues?" im Grünen Zentrum durch.
Neben diesen Vorbereitungen, richteten wir ein ausführliches Schreiben an die Geschäftsführung des „Freizeit In", in dem sie aufgefordert wurde, der PEJ und dem Aushängeschild der Paneuropa-Union Otto von Habsburg nicht die Möglichkeit zu bieten, reaktionär-neurechte Propaganda zu verbreiten. Zusätzlich erhielt die Geschäftsführung detailiertes Informationsmaterial zu ihren potentiellen Kunden. Natürlich unterrichteten wir sie bei deiser Gelegenheit auch von unsere n geplanten Aktivitäten.

Es ist anzunehmen, daß auch die Solidaritätsaktionen vom 6. bzw. 8. Juni in Göttingen zu der in Mannheim am 6. Juni von der Polizei zusammengeknüppelten „Pro-Asyl"-Demo, die Geschäftsleitung des „Freizeit In" dazu bewogen haben mag, ihre Räumlichkeiten der PEJ nicht zur Verfügung zu stellen.
In Mannheim wurde in den vergangenen Wochen ein Wohnheim für AsylbewerberInnen von Neofaschisten und dumpfdeutschem Pöbel regelrecht belagert und die BewohnerInnen terrorisiert. Aus diesem Grund planten Autonome Gruppen für den 6. Juni eine Demonstration durch Mannheim, die verboten wurde aber trotzdem stattfinden sollte. Wenige Minuten nach Beginn der Demo wurde sie von der Polizei brutal zusammengeknüppelt. Doch damit nicht genug. Nachdem viele Menschen vor den Polizeiknüppeln in ein nahgelegenes Jugendzentrum flüchteten, wurde es von der Polizei sofort gestürmt. Resultat der Menschenjagd: Über Hundert Festnahmen und mehr als 40 Verletzte, viele davon schwer.
In Göttingen war es am gleichen Abend noch zu einer spontanen Solidaritätsdemo mit ca. 100 TeilnehmerInnen gekommen, in deren Verlauf die Polizei angegriffen wurde und die Schaufensterscheiben der Deutschen Bank zu Bruch gingen (GT vom 9. Juni: „Scherben-demo"). Am Montag darauf, dem 8. Juni, demonstrierten dann nochmal 200 Menschen tagsüber. **Wenn die Staatsmacht die Situation wie in Mannheim eskaliert, dann muß sie wissen, daß darauf immer eine Antwort erfolgen wird.**

Welche Gründe das „Freizeit In" auch immer dazu bewogen haben mag, die PEJ-Veranstaltung nicht bei sich über die Bühne gehen zu lassen – vermutlich Angst vor geschäftsschädigenden Schlagzeilen – wir haben das uns gesetzte Ziel erreicht. Habsburg konnte seine Propaganda in Göttingen nicht öffentlich unter die Leute bringen !
Diesmal genügte schon ein deutlicher Brief, um unser Ziel zu erreichen – Wir schießen nicht mit Kanonen auf Spatzen !

Den antifaschistischen Widerstand organisieren !
Zusammen kämpfen!

Göttingen, den 14. Juni 1992
Autonome Antifa (M)

Eine komplette Pressemappe (Flugblatt, Pressemitteilung, Zeitungsartikel) kann bei uns für 2,– DM in Briefmarken bestellt werden.
Adresse: 1. Umschlag: Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 3400 Göttingen, 2. Umschlag: Autonome Antifa (M)

GRÜNHELME

AN DIE ÖKO - FRONT !

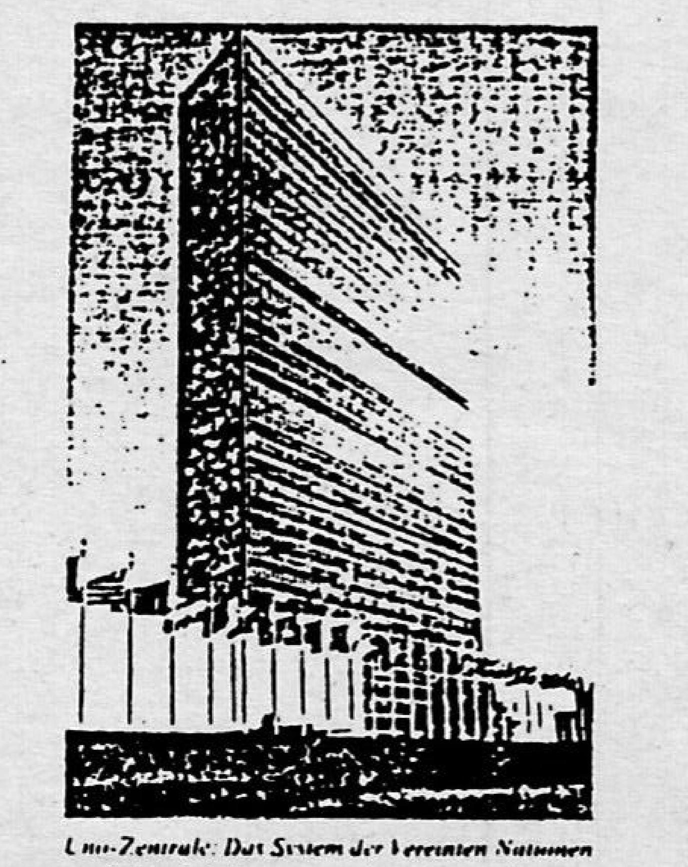
„Bei den traditionellen Bedrohungen wissen wir, was zu tun ist. Als Saddam Hussein in Kuwait einmarschierte, haben wir entschlossen und in Windeseile große Kräfte mobilisiert. Ist überhaupt der politische Wille vorhanden, in ähnlicher Weise gegen diese neuen (ökologischen, d. Verf.) Gefahren mobil zu machen ?" (Dr. Gwyn Prins, Globales Sicherheitsprogramm, Universität Cambridge)

In dem folgenden Beitrag soll ein Aspekt HERRschender Umweltpolitik näher dargestellt werden, der unserer Einschätzung nach relativ unbekannt ist, zunehmend aber an Bedeutung gewinnen wird und daher dringend einer linken Gegenöffentlichkeit bedarf: es ist das Konzept der Militarisierung der ökologischen Frage, d.h. der Aufstellung sog. „Grünhelm"-Truppen im Rahmen der UNO (oder anderer internationaler Institutionen). Die Herrstellung einer linken Gegenöffentlichkeit zu diesem Konzept ist um so dringender, da absehbar ist, daß im Rahmen der propagandistischen Vorbereitung und Begleitung der UN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung" in Rio de Janeiro im Juni'92 die BRD-Öffentlichkeit von einer Medien- Lawine überrollt zu werden droht, die die Etablierung öko-imperialistischer Strukturen ideologisch vorbereiten will.

Schon 1969 - also noch vor Veröffentlichung des ersten Berichtes des Club of Rome „Grenzen des Wachstums" - setzte die NATO einen Umweltausschuß ein, der die Aufgabe hatte, die strategische Bedeutung globaler ökologischer Zerstörungen herauszuarbeiten. Herausgekommen sind dabei folgende bemerkenswerten Überlegungen : „Es steht außer Frage, daß wir uns in einer (ökologischen, d. Verf.) Krise befinden, die sich letzten Endes als genauso ernst erweisen mag wie die Frage von Krieg und Frieden." Darum müsse die NATO „bei der Schaffung einer menschenwürdigen Umwelt einen bedeutsamen Beitrag leisten." Und weiter wird festgestellt : „für die Verschlechterung und den Verfall der Umwelt und der Ökologie und der damit verbundenen sozialen Erschütterungen, die für die etablierte Ordnung in den enwickelten Ländern



vielleicht die ernsteste Bedrohung darstellen, gibt es in der Menscheitsgeschichte kein Vorbild." Daraus schließen die NATO-Strategen, daß Umweltfragen zu „Angelegenheiten von globalem Interesse werden." (aus einem NATO-Strategie-Papier aus dem Jahre 1971 (!!), zitiert in der FRv. 29.5.89) Der NATO-Einschätzung folgend bestand für die herrschenden politischen Kräfte damit - wie es im polit-technokratischen Vokabular heißt - Handlungsbedarf, mit dem Ziel, die prognostizierte Gefahr für den „Bestand der etablierten Ordnung in den entwickelten Ländern" abzuwehren. Aus diesem Ansatz heraus entwickelten und entwickeln die HERRschenden politischen Kräfte ein ideologisches, ökonomisches, technokratisches und militärisches Instrumentarium, das den bisherigen Dimensionen imperialistischer Politik die Dimension des Öko-Imperialismus hinzufügt. Das Konzept „Grünhelme" ist dabei der heutige Ausdruck des militärischen Aspektes öko-imperialistischer Politik.



Uno-Zentrale: Das System der Vereinten Nationen wird den Anforderungen nicht mehr gerecht

Das zentrale Stichwort zur Legitimation militärischer Gewalt ist das der „globalen ökologischen Sicherheit", die es zu verteidigen gilt. Im Originalton hört sich dies wie folgt an :

„Ohne Zweifel spielen Umweltfaktoren eine wichtige, ja, sehr wichtige Rolle bei der gesamten Sicherheitsproblematik. Man braucht sich nur die Auswirkungen von Bodenerosion, Dürre oder grenzüberschreitender Umweltverschmutzung vor Augen zu führen - da hat man schon die potentiellen Konfliktquellen, wie es sie auch in der Vergangenheit gegeben hat. Ja, Umweltfaktoren sind sehr wichtig und werden wohl im Hinblick auf die globale Sicherheit zunehmend an Bedeutung gewinnen." (Sir Julian Oswald, Admiral der brit. Royal Navy) Oder : „Früher hielten wir Amerikaner die Umweltbelastung für ein räumlich begrenztes Problem, das nur die unmittelbare Umgebung oder Wohngegend des einzelnen betraf. Doch in den letzten zwanzig Jahren haben wir begriffen, daß sie nicht nur eine regionale oder nationale, sondern eine grenzüberschreitende Herausforderung darstellt. Folglich hat sich unser bisher militärisch geprägtes Feindbild erweitert und schließt nun die Bedrohung der Umwelt und der Weltwirtschaft mit ein." (Henry Hatch, Generalleutnant bei der US-Army)

"Folglich hat sich unser bisher militärisch geprägtes Feindbild erweitert und schließt nun die Bedrohung der Umwelt ... mit ein."
Henry Hatch,
US-General-Leutnant

(Beide Zitate sind entnommen aus der Fernseh-Produktion des WDR: „In Zukunft...Superbomber und giftige Wale. Umweltpolitik als Sicherheitspolitik der Zukunft.", ausgestrahlt am 12.7.91)

Politische Bahnbrecher für das Konzept „Grünhelme" finden sich in der BRD in allen etablierten politischen Parteien, aber auch in der Wissenschaft und - dies ist von zentraler Bedeutung - in der Atom-Lobby.

Für die CDU spielt BRD-Umweltminister TÖPFER die Gallionsfigur.

Auf dem 43.Landesparteitag der saarländischen CDU z.B. sprach sich TÖPFER für die Bildung einer ökologischen Eingreiftruppe der Vereinten Nationen aus. Diese sollte weltweit gegen „die neue Aggression über Umweltverstöße" einschre-



iten (taz v. 27.5.91). Ähnlich äußerte sich TÖPFER auch im WDR am 8.6.91: Grünhelme sollten überall da eingreifen, wo Verbrechen an der Natur begangen werden. In der FDP ist es BRD-Außenminister GENSCHER, der in das „Grünhelm"-Horn bläßt. Im Juli'91 erklärte Genscher in einer Grundsatzrede „Zukunft Europa", die er anläßlich eines politischen Besuchs in Portugal hielt, daß sich europäische Einheiten an der Aufstellung gemeinsamer Grünhelm-Verbände im Rahmen der UNO beteiligen sollten, die die Aufgabe hätten, für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu sorgen (FR v.13.7.91). Jüngste politische Initiativen in diese Richtung sind GENSCHERs Forderung auf der 2.Außenministerkonferenz der KSZE in Prag im Januar'92, im Rahmen der KSZE „Grünhelm"-Einheiten zu formieren, die für die „Sicherung unserer (!!, d.Verf.) natürlichen Lebensgrundlagen" zu sorgen hätten (FR v. 31.1.92) und GENSCHERs Erklärung am 15.3.92 im Hessischen Rundfunk, daß der UN- Sicherheitsrat „auch gegen Staaten vorgehen (sollte), die Atomreaktoren betreiben, die nicht den internationalen Sicherheitsstandards entsprechen. Dies gelte auch bei anderen Umweltverbrechen, die mit staatlicher Duldung begangen würden." (taz v. 16.3.92)

Aber auch in der Sozialdemokratie und bei den Grünen wird der „Grünhelm"-Ansatz politisch vorangetrieben. So fordert Freimut DUVE (SPD) die Einschränkung der Souveränität nationaler Staaten, u.a. wenn „die Übernationalität von Umweltproblemen (Wasser, Klima) nicht respektiert wird". Zur Durchsetzung sollte

der „Weltknüppel" eingesetzt werden. Als Bonbon für darüber möglicherweise empörte, „linke" SozialdemokratInnen bietet DUVE an, daß in diese Drohung alle Staaten der Welt einbezogen seien und damit „in der neuen Rechtsordnung der Welt auch die Supermächte nicht mehr souverän seien". (Es darf spekuliert werden, ob DUVE nun ein realitätsferner Phantast oder doch nur ein bösartiger Betrüger ist - allemal steht er mit diesen Worten in schlechter Tradition sozialdemokratischer Märchenerzähler.)

Für die Einschränkung der Souveränität nationaler Staaten wenn "die Übernationalität von Umweltproblemen ... nicht respektiert wird".
Freimut Duve, SPD

Mit einer ähnlichen Argumentationsstruktur plädiert auch Michael MÜLLER, sich fortschrittlich gebender und ökologisch profilierender „Klima-Experte" der SPD, für die Schaffung von Strukturen, die eine „ökologische Weltinnenpolitik" durchsetzen können. Notwendig dafür sei ein „neues Souveränitätsverständnis und ein partieller Verzicht auf nationale Rechte, sowie eine Verbesserung der Qualität und Effizienz internationaler Institutionen". Geschaffen werden müßte ein „ständiger Rat für Umwelt und Entwicklung, der mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet ist", sowie die „verbindliche Festlegung wirkungsvoller Sanktionsmechanismen" bei Verstößen gegen UN-Umwelt-Konventionen. Auch bei MÜLLER muß mensch nicht lange auf das sozialdemokrtische Bonbon warten, denn die von MÜLLER geforderte Erweiterung imperialistischer Machtpolitik wird im Zusammenhang mit der Forderung nach einer „gleichberechtigten Mitsprache" aller Länder und einer Demokratisierung internationaler Institutionen, sowie einer „reformerischen Gestaltung der Industriegesellschaft" offeriert. (Jahrbuch Ökologie, hrsg. v. Beck-Verlag, Januar 1992)

Bei den GRÜNEN wird der „Grünhelm"-Ansatz in gewohnt brutal-offener Weise von dem Beton-Realo Udo KNAPP formuliert.

Seine These: Der Welt-Norden sei im angeblichen gemeinsamen Interesse der Weltbevölkerung zur „ökologischen Vorherrschaft verpflichtet". Der Norden müsse sich zu einer für die Menschen aus dem Süden nicht erreichbaren „Festung" formieren, um aus dieser Position heraus „eine gemeinsame ökologische Außenpolitik" umzusetzen. Der Norden sei dabei „angehalten, jedwede finanzielle, ökologische und politische Anstrengung zu unternehmen, die den Weltsüden zur unabdingbaren Kooperation bewegen kann. Ein wichtiger Schritt zu dieser Zusammenarbeit (!!, d.Verf.) wäre es, ein internationales ökologisches Gewaltmonopol einzurichten. Es müßte auf der Bassis eines internationalen Umweltrechtes ausgeübt werden. Das wäre notwendig zur Legitimation, ... (um) internationale Umweltverbrecher wirksam bekämpfen" zu können. (natur 2/92. Die Tatsache, daß die Fachzeitschrift „natur" KNAPP's öko-imperialistische Visionen veröffentlicht, ist ein bedenklicher Hinweis auf die Akzeptanz dieses Ansatzes innerhalb der Umwelt-Bewegung.)

Der Welt-Norden ist im angeblich gemeinsamen Interesse der Weltbevölkerung zur "ökologischen Vorherrschaft verpflichtet".
Udo Knapp, Grüne

Ein letzter Hinweis darauf, daß das Konzept „Grünhelme" auch innerhalb der etablierten Wissenschaft diskutiert wird, soll noch angefügt sein. Der Prof. für Umweltpolitik am Wissenschaftszentrum Berlin und Vorsitzende des Kuratoriums der deutschen Umweltstiftung Udo Ernst SIMONIS fordert im bereits erwähnten Jahrbuch Ökologie des Beck-Verlages: „Die UN - und damit UNEP (Umwelt-Programm der Vereinten Nationen, d.Verf.) - sollten weiter gestärkt, über Grünhelme müßte jetzt ... entschieden werden."

All die genannten politischen Erklärungen stehen in Übereinstimmung mit einem Strategie-Papier, das 1988 von der Kernforschungs-Anlage (KFA) Jülich veröffentlicht worden ist. Darin heißt es: Notwendig sei die Etablierung einer „ökologischen Weltinnenpolitik" unter der Herrschaft eines „Weltregimes". Dieses „Weltregime" müßte stark genug sein, „durch Machtpolitik auf die außerhalb des Regimes stehenden Staaten einzuwirken, um sie zu Vermeidungsmaßnahmen zu bewegen. (...)

Notwendig sei die Etablierung einer "ökologischen Weltinnenpolitik" unter der Herrschaft eines "Weltregimes".
Kernforschungsanlage Jülich

Staaten wie China, aber auch Indien, potentielle Großmächte des 21.Jahrhunderts und auf die Nutzung fossiler Energien ... ausgerichtet, können von den Supermächten nicht ohne ein hohes Maß an Konfliktbereitschaft durch die Sanktionsspannen der Macht zu durchgreifenden, sie wirtschaftlich schwer belastenden Vermeidungsmaßnahmen gedrängt werden. Aus ihrer Interessenposition heraus könnten solche Länder, wie andere Staaten mit reichen Kohlenwasserstoff-Vorräten oder die Tropenwaldbesitzer (Brasilien, Zaire, Indonesien) auch, der ihnen nahegelegten Vermeidungsstrategie (von ökologischen Schäden, d.Verf.) eine Blockierungsmacht entgegenstellen, um die Bildung eines umfassenden Regimes zu verhindern. (...) Die nationale und die internationale Politik könnte vor einer schwierigen Wahl stehen: Die zumindest ansatzweise antizipierbaren Konflikte im Rahmen einer Vermeidungsstrategie auszutragen (sprich: Krieg zu führen gegen sog. Umweltverbrecher, d.Verf.) oder gänzlich unvorhersehbare Konflikte in einer mit einem neuen Klima konfrontierten Welt zu riskieren." (aus: Sassin/Jäger/Jill u.a., Das Klimaproblem zwischen Naturwissenschaft und Politik, hrsg. v. KFA Jülich, Oktober 1988) Schon die Wortwahl der letztgenannten Alternativen, vor allem aber die Erfahrung mit der real praktizierten Politik der herrschenden politischen Kräfte während des Golfkriegs 1991 geben eindeutig Antwort auf die Frage, in welche Richtung die internationale „Umweltpolitik" gelenkt wird.

Konsequenterweise taucht das Konzept „Grünhelme" kaum verschlüsselt auch in dem jüngsten Strategiepapier aus dem Bundesverteidigungsministerium auf. In dem Papier „Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Neugestaltung der Bundeswehr" wird klargestellt, daß die Bundeswehr ihren Auftrag nicht mehr ausschließlich in der Abwendung eines militärischen Angriffs auf das Gebiet der BRD zu sehen hat, sondern darüber hinaus weltweit „deutsche Sicherheitsinteressen" zu verteidigen habe. Und zu diesen Sicherheitsinteressen gehört dann auch ausdrücklich die „Förderung und Absicherung weltweiter ... ökologischer Stabilität".(zit. nach Vorlage des Bundesministeriums der Verteidigung vom 20.1.1992 zur Kenntnis an den Verteidigungsausschuß)

Das Konzept „Grünhelme" bringt den imperialistischen Charakter herrschender Umweltpolitik auf den Punkt. Der Ansatzpunkt für die Abwendung der katastrophalen Folgen der Erwärmung der Erdatmosphäre sind in diesem Konzept nicht die verursachenden, zerstörerischen, aber profitträchtigen industriellen Produktionsanlagen im „Norden" - oder ist etwa vorstellbar, daß „Grünhelme" in den USA, in West-Europa oder in Japan zum Einsatz kämen ? Nein. Ansatzpunkt und im Fadenkreuz der Militärs ist wieder einmal der „Süden", dessen vom Norden unkontrollierte industrielle Entwicklung verhindert werden muß.

Ideologisch überbaut wird das Konzept „Grünhelme" durch die Neuauflage der alten „Wir sitzen alle in einem Boot"-Ideologie - jetzt auf globalem Niveau - durch die Behauptung technologischer Überlegenheit der industrialisierten Staaten und durch die Betonung der „Bevölkerungsexplosion" als Ursache und Ansatzpunkt zur Lösung der „ökologischen Krise".

Die HERRschende Ideologie greift die Parole von der „Einen Welt" auf, die von Menschen geprägt wurde, die ihr solidarisches Verhältnis zu den verelendeten Menschen in der sog. „3.Welt" ausdrücken wollten, und benutzt sie zur Rechtfertigung ihrer „ökologischen Weltinnenpolitik". Da ist dann auf einmal die Rede von einer neuen „Umweltpartnerschaft zwischen Nord und Süd" (Bundesumweltminister TÖPFER) - eine Partnerschaft allerdings, die real eine durch ökonomische Erpressung und militärische Drohung zusammengehaltene Zwangsehe zu werden droht, in der der eine „Partner" den anderen „Partner" fortgesetzt gnadenlos mörderisch ausprеßt - ausprеßt durch den politischen und ökonomischen Druck zur Rückzahlung angeblicher Schulden und den rücksichtslos gierigen Raubbau an den in der sog. „3.Welt" vorhandenen Rohstoffen zu ungerecht betrügerischen Weltmarktpreisen. Es wird weiterhin behauptet, daß wir alle - gemeint ist damit die Weltbevölkerung - gleich betroffen von der globalen ökologischen „Krise" seien, um daran anschließend zu fordern, daß wir darum auch alle zusammen an der Lösung des Problems arbeiten müßten, um letztendlich darauf zu verweisen, daß nur die führenden Industriestaaten über die technologischen und ökonomischen Möglichkeiten verfügen würden, der ökologischen Krise HERR zu werden. Damit schließt sich der Argumentationskreis, um rechtfertigen zu können, daß die ökologische „Krise" unter Beibehaltung der etablierten

weltweiten HERRschaftsstrukturen gelöst werden muß.

Ebenfalls auf der ideologischen Ebene wird die Bevölkerungs-„Explosion“ in der sog. „3.Welt“ als Ursache und Ansatzpunkt zur Lösung der ökologischen „Krise“ ins Bewußtsein gebracht. Auf einem Gastvortrag, den E.U.v. WEIZSÄCKER, zwischen 1984 und 1991 Direktor des Instituts für europäische Umweltpolitik und jetzt Präsident des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt und Energie, an der Berg. Universität mit dem sinnigen Titel „Überwindung der Dinosauriermentalität“ hielt, wurde dieser von einem seriösen beschlipsten

> **"Ja, in der Tat, die Bevölkerungsexplosion ist eines der größten Umweltprobleme."**
> Ernst-Ulrich von Weizäcker

und beanzugten Herrn mittleren Alters gefragt, ob wir uns nicht der Frage stellen müßten, ob wir denn überhaupt noch weiteren Menschen in der 3.Welt Lebensraum bieten könnten. Die Antwort des HERRN v. WEIZSÄCKER : „Ja, in der Tat, die Bevölkerungsexplosion ist eines der größten Umweltprobeme.“ WEIZSÄCKER ist konsequenterweise darum auch Kuratoriumsmitglied der im März 1992 gegründeten „Deutschen Stiftung Weltbevölkerung“ geworden. Er befindet sich
mit dieser, die Tatsachen vollkommen verdrehenden Ursachenbestimmung in trauter Übereinstimmung mit einem Bericht, den der Bevölkerungsfond der Vereinten Nationen (UNFPA) im Herbst 1991 veröffentlichte. In diesem heißt es die Überbevölkerung der Welt sei Hauptursache für die Probleme der Umweltzerstörung. Und : „Das Bevölkerungswachstum hat höchst nachteilige Folgen für die Umwelt.“ (FR v. 25.10.91)

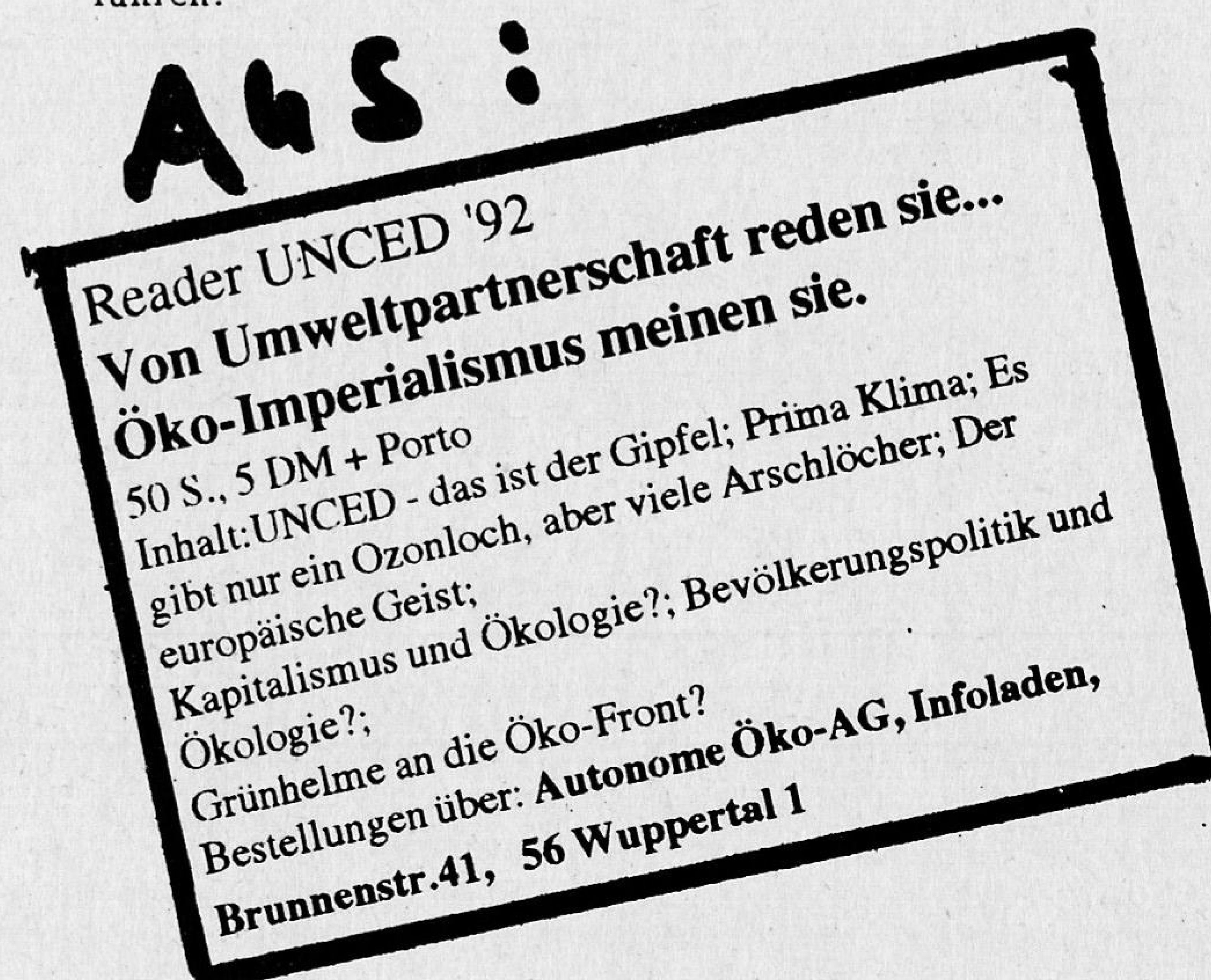
Auch in der Umweltbewegung wird diese Argumentationslinie vertreten. Hubert Weinzierl, Vorsitzender des BUND, erklärte im September 1989: „Nur wenn die Hauptsorge der Menschheit, die Eindämmung des Bevölkerungsstromes, gewährleistet ist, wird es Sinn haben und eine Aussicht bestehen, an einer durchaus verbesserungsfähigen Umwelt zu bauen, unsere Zivilisationslandschaft zu gestalten, daß sie Wert bleibt Heimat genannt zu werden.“ (KampagnenHeft 1992 des BUKO). Vor diesem ideologischen Hintergrund ist es dann auch kein Zufall mehr, wenn im Bericht des nationalen Komitees zur Vorbereitung der UNCED in Brasilien, lediglich von einer „Mitschuld der Industriestaaten an der Zerstörung der Umwelt“ die Rede ist (FR v. 29.1.92).

Die UN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ wird voraussichtlich ein weiterer Schritt hin zur Durchsetzung eines (dann auch ökologisch legitimierten) „Weltregimes“ (KFA Jülich) unter der Herrschaft der G7-Staaten sein.



Weltwirtschaftsgipfel 1991: Eine neue Kategorie praktischer Probleme sprengt den Handlungsrahmen einzelner nationaler Regierungen

Es scheint so zu sein, als könne dieser Prozeß nur durch die Konkurenz der G7-Staaten untereinander (z.B. verweigert die US-Regierung bis heute verbindliche CO2-Reduktions-Zusagen) oder durch „starke“ „3.Welt“-Staaten (z.B. China, Indien oder Brasilien) blockiert werden. In der Vorbereitung und Begleitung der UNCED ist jedoch allemal mit einer ideologischen Offensive herrschender öko-imperialistischer „Umweltpolitik“ zu rechnen. Es ist die Aufgabe linker Öffentlichkeit, daß dies nicht widerspruchsfrei geschehen kann. Dabei muß es darum gehen, Bewußtsein dafür zu schaffen, daß - so richtig und notwendig internationale Abkommen zur Abwendung unabsehbarer ökologischer Katastrophen weltweit sind - dennoch eine Teilnahme an oder der konstruktive Dialog im Rahmen der UN-Konferenz abzulehnen ist, weil die Konferenz unter dem imperialistischen Diktat der G7-Staaten stehen wird und nur die bestehenden weltweiten Herrschaftsverhältnisse auch auf das Gebiet der Ökologie auszudehnen versucht. Für die verelendeten Menschen in der sog. „3.Welt“ kann dies nur zu einer Verlängerung und einer Vertiefung ihrer katastrophalen Lebenssituation führen.





PINK POWER / JANUAR 1992

● EURO-FESTIVAL

Grenzenloser CSD

Der Christopher-Street-Day in Berlin wird in diesem Jahr eine Woche früher als gewohnt stattfinden. Der Grund: Am 27. Juni werden in London mehr als 80.000 Teilnehmer zum ersten 'Euro-Pride' erwartet. Für 1993 hat Berlin die Ausrichtung dieser europaweiten Veranstaltung übernommen.

Für den diesjährigen CSD (am 20. Juni) sucht Vorbereitungsgruppe schon jetzt ein[...] beiter. Gefragt ist wie in jede[...] Masochismus und Freu[...]

EUROPRIDE´92 - Grenzenloser CSD...???

"*Es besteht die Aussicht, daß du eine/r von Tausenden von Lesben und Schwulen bist, die/ der sich dem diesjährigen CSD -Marsch und Festival -als sichtbaren Ausdruck unserer Sexualität- anschließen kannst.*"
Das ist ein Zitat aus der offiziellen Einladung zu "Europride 92", der aus Anlaß des Jahrestages des Stonewall-Aufstandes (New York 1969) Ende Juni dieses Jahres in London stattfinden soll. Die Entscheidung dazu wurde mit den europäischen VertreterInnen der ILGA auf ihrer Konferenz im Berliner Reichstag Ende Dezember 1991 abgestimmt. Die VeranstalterInnen laden Lesben und Schwule aus Ost- und Westeuropa ein, um "*die grenzüberschreitende Stärke der Lesben-und Schwulenbewegung aufzuzeigen* " *, sowie "*die Situation von Lesben und Schwulen im sich immer mehr integrierenden Europa zu thematisieren* " * und rechnen dabei begeistert mit rund 100.000 BesucherInnen aus allen Ecken des Kontinents...

Januar 1992, im Jahr der europäischen Vereinigung:

Eine Afro-franco-amerikanische Lesbe mit US-Paß und Aufenthaltsgenehmigung für Frankreich landet am Flughafen Heathrow in London. Den Rückflug nach Paris hat sie für die folgende Woche schon gebucht. Eine 3/4 Stunde wird sie von den Grenzbeamten schikaniert, dabei wird sie nicht nur über Zweck und Aufenthaltsort ihres Londoner Besuchs ausgefragt, sondern auch zu ihren Lebensumständen in Paris.
Vor dem Hintergrund dieses Beispiels ist es nicht schwer sich vorzustellen, wie es mit einer Schlange von "100.000" Lesben und Schwulen vor den Grenzkontrollen im Sommer aussehen wird. Was ist mit der Lesbe, die aus Moskau zu "Europride" anreist und aufgrund ihrer schmalen Reisekasse verdächtigt wird, illegal in ein EG-Land einwändern zu wollen; dem afrikanischen Schwulen aus Rom, dem ein AIDS Test abverlangt wird ? Welche Chance hat eine/r mit lateinamerikanischen Paß bei "Europride" teilzunehmen, wenn sie/er beim Zwischenstop in Frankfurt/Main entweder gezwungen wird, einen (meist aussichtlosen) Asylantrag zu stellen, oder gleich eingesperrt und abgeschoben wird ?

Europa 92, die ökonomische und politische Einheit der 11 Länder bedeutet für viele verschärfte Grenzkontrollen und Massenabschiebungen. Mit der Vereinheitlichung der Einwanderungsgesetze, dem Abbau der Asylrechte wird Europa 92 eine Festung der reichen Länder gegen die Armuts- und Hungerflüchtlinge aus Osteuropa und den drei Kontinenten. Es besteht wenig Anlaß zu glauben, daß Schwule und Lesben davon ausgenommen sein sollten; egal ob sie als BesucherInnen oder als Flüchtlinge vor sexueller Diskriminierung und/oder unerträglichen Lebensumständen in ihren Heimatländern fliehen.
Europa 92, das ist auch die Vereinheitlichung der Ausländer- und Polizeigesetze. Für die BRD beispielsweise das letztes Jahr verabschiedete neue Ausländergesetz. Seit dem 31.3.92 werden europaweit neue Polizeigesetze gültig: Für Deutschland sei hier die Verschärfung des Allgemeinen Sicherheits-und Ordnungsgesetzes(ASOG) genannt, wobei mehr und mehr politische Grundrechte eingeschränkt und polizeiliche Eingriffe erweitert werden. Parallel dazu sind mit dem britischen "Sus Law" und dem neuen "Asylum Bill" ähnliche Instrumente geschaffen worden; Gesetze, denen schwarze Briten schon jetzt tagtäglich ausgesetzt sind.
Europa 92, das ist auch und vor allem das Anwachsen extrem nationalistischer und neofaschistischer Kräfte; das ist Rassismus von Bari/Italien bis Hoyerswerda/BRD.

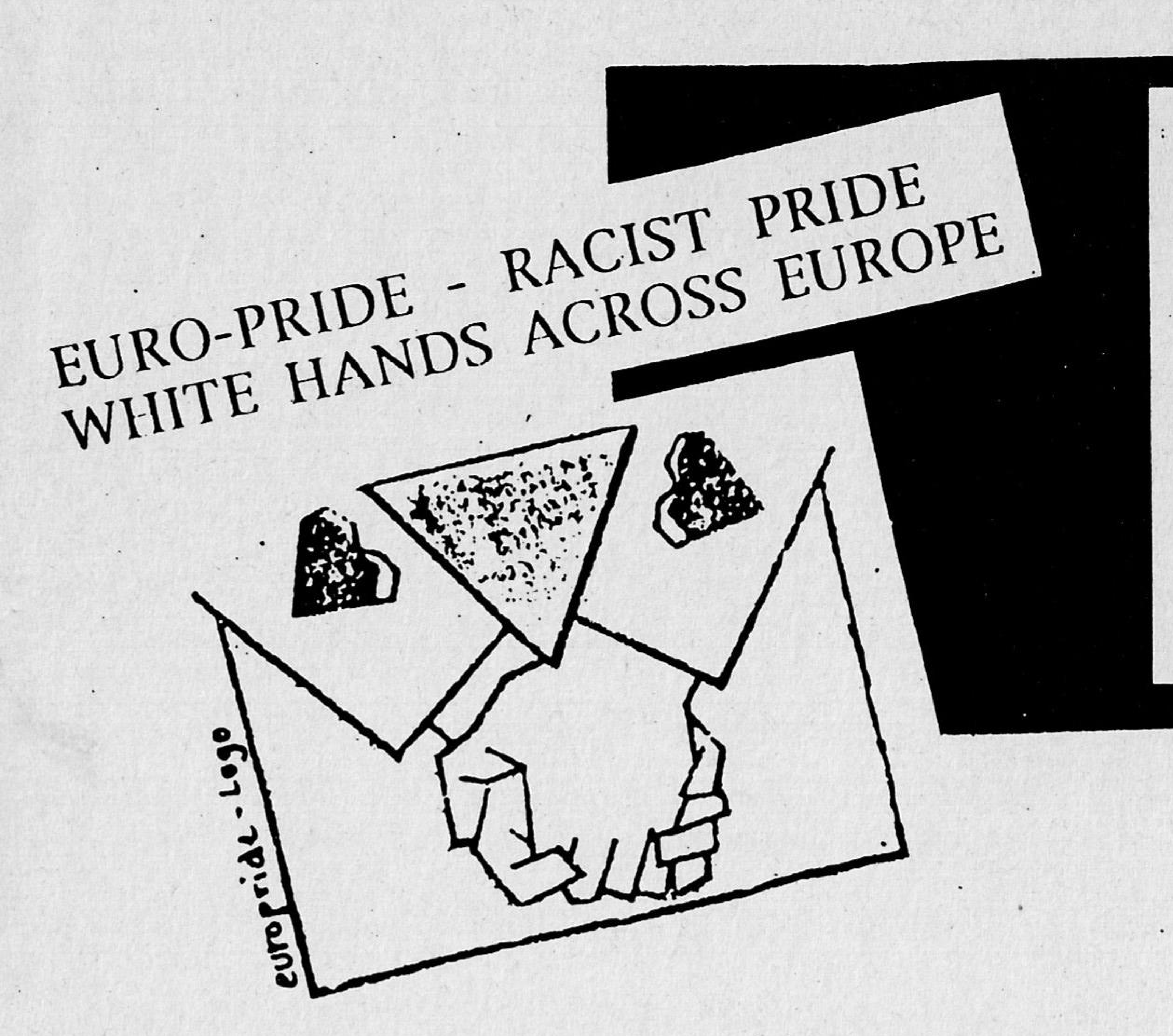
Wir sehen wenig Anlaß, den diesjährigen CSD unter dem Motto "Europride 92" zu feiern, die "*wachsende Integration* " * zu begrüßen und uns mit "*europäischen Geschmack* " * unterhalten zu lassen. Dieses Motto überlassen wir denjenigen, deren Vorstellung von einer "worldwide gay community" sich auf die der schwulen, weißen und einkommensstarken Männer beschränkt; eine Gruppe, die wahrscheinlich von der europäischen Einigung profitieren kann.
Wenn wir uns trotzdem als "EuropäerInnen" dieses Jahr treffen sollten, wäre es angesagt, das Schicksal von denen zu thematisieren, die nicht dabei sein können und - die keine "*Gelegenheit haben, alte Freunde zu treffen, den letzten Klatsch mitzukriegen, an den hunderten von lesbischen und schwulen Marktständen einkaufen zu gehen* " * ...

Lesben und Schwule aus Berlin

* alle Zitate sind aus dem offiziellen "Europride info pack"

This is the year of PRIDE WORLDWIDE !

EURO-PRIDE - RACIST PRIDE
WHITE HANDS ACROSS EUROPE



Der Entwurf für das logo von "Europride" zeigt zwei weiße Hände (!?) die einen rosa Winkel umschließen, dem Symbol mit dem Schwule in den KZ´s gekennzeichnet wurden. Dabei wird schon wieder ignoriert, daß Lesben (obwohl für den NS-Staat als solche offiziel garnicht existent) neben Prostituierten, Kleinkriminellen, Obdachlosen und anderen als "asozial" Geltenden mit einem schwarzen Winkel gekennzeichnet wurden. Gerade dieser schwarze Winkel könnte ein geeignetes Symbol für unsere Solidarität mit allen Lesben und anderen Frauen sein, für die Europa 92 mehr Arbeitlosigkeit, mehr Armut, mehr rassistische und sexistische Unterdrückung und mehr gegen sie gerichtete Gewalt heißt !

Das Londoner Kommittee für die Vorbereitung des Christopher Street Day - ein kommerzieller Verband- hat eine lange rassistische Vergangenheit. Letztes Jahr sabotierten Funktionäre des Kommittees den von der Gruppe "Black Experience" (offizielle Mitglieder des Kommittees) organisierten Beitrag. Als Black Experience auf der CSD Party ankamen, waren ihre Stände anderweitig an einen örtlichen Geschäftsmann weitergegeben. Als sie letztendlich einen Stand ohne Stromanschluß bekamen, meinte ein Funtionär dazu: " Wir dachten ihr bringt sowieso nur einen Ghetto Blaster mit". Gegen 21 00 Uhr, während alle anderen Musikveranstaltungen ihren Höhepunkt erreichten, rief das Kommittee 15 Polizisten um die Musik von Black Experience auszuschalten, eine unverdeckte Drohung an alle anwesenden schwarzen Lesben und Schwule.

(...) Der Widerstand, ausgehend von der Stonewall Bar im Juni 69, war die Geburtsstunde der modernen Lesben- und Schwulenbewegung. Allerdings wurden einige Tatsachen über die dreitägige Straßenschlacht gegen die Polizei und gleichgesinnte Spießer bewußt von der offiziellen Lesben und Schwulenbewegung unterdrückt.
Stonewall war ein Treffpunkt von afroamerikanischen und lateinamerikanischen Tunten und wurde deshalb nicht zufällig öfters von der rassistischen und homophoben Polizei aufgesucht. (...) Dazu kam noch, daß der Barbesitzer mit der Polizei zusammenarbeitete - mit dem Ergebniss, daß diese Kneipe dann niedergebrannt wurde.

Die Revolte von Stonewall richtete sich genauso stark gegen Rassismus wie gegen Homophobie. Tausende Lesben und Schwule aus allen Teilen New Yorks strömten in die Straßen um die afroamerikanischen und lateinamerikanischen Lesben und Schwulen und die Stonewall-Tunten im gemeinsamen Kampf gegen Rassismus und Homophobie zu unterstützen.(...)

(Aus: EURO-PRIDE - RASCIST PRIDE von LGCARF Lesbian & Gay Campaign Against Ra cism & Fascism, London, Februar 1992)

Anmerkungen zum KONKRET-Interview der Celler Gefangenen

I. Die RAF hatte ihre Aufnahme des bewaffneten Kampfes weitgehend nur mit dem Widerspruch Trikont-Metropole begründet. Dieser Aspekt wird jetzt im Nachhinein noch stärker, als es ohnehin schon der Fall war, betont. Unberücksichtigt bleiben dabei die unterschiedlichen Phasen in der Geschichte der RAF (Randgruppen-Orientierung/Erklärung zur Befreiung von Andreas Baader; Internationalismus/Erklärung zur Aktion des Schwarzen September; Gefangenen-Befreiung/Stockholm, Schleyer; 1981: westeuropäische Front). Damit wird die Schwächung der trikontinentalen Befreiungsbewegungen - aufgrund des Zusammenbruchs des "real existierenden Sozialismus" - als Legitimation für die Einstellung des bewaffneten Kampfes in der BRD benutzt. Eine Reflexion der inneren Situation hier findet (außer in Form von *Hinweisen* auf die Hafenstraße, die Repressionsapparate sowie die Rest-Linke) nicht statt.

II. Die Celler Gefangenen führen im Zusammenhang der veränderten Kampfbedingungen für die nationalen Befreiungsbewegungen den Begriff der "Zentralperspektive" ein. An keiner Stelle erklären sie aber, was eine "Zentralperspektive" ist; welche theoretische Funktion (welchen Erklärungswert) dieser Begriff für eine materialistische Gesellschaftsanalyse und revolutionäre Strategiebildung haben soll.

III. Andere westeuropäische Guerilla-Organisationen hatte ihre Entscheidung für den bewaffneten Kampf dagegen nicht (nur) aus der damaligen politischen Konjunktur (nationale Befreiungskämpfe), sondern strategisch aus einer bestimmten Einschätzung der modernen Metropolen-Gesellschaft begründet. Deren These war, daß es in diesen Gesellschaften nicht (mehr) möglich sei, einen revolutionären Aufstand durch legale Arbeit vorzubereiten. An die Stelle der legalen Arbeit sollte ein - die Kräfte des Imperialismus abnutzender - langanhaltender Volkskrieg treten. Ob diese These richtig war, ist zu diskutieren. Mit ihrem anscheinend nur auf die politische *Konjunktur* bezogenen Begriff "Zentralperspektive" entziehen sich die Celler Gefangenen einer solchen *strategischen* Diskussion.

IV. Folge dieser strategischen Nicht-Reflexion ist, daß zwar noch ein antagonistisches Verhältnis zum Staat behauptet wird; "in welchen Formen und in welcher Schärfe die Widersprüche ausgetragen werden", soll aber - aufgrund des guten Willens der RAF sowie Kinkels zu einer "politischen Lösung" - zur freien Auswahl der politisch Handelnden stehen. Damit wird implizite verneint, daß beispielsweise die Gewalt der Bourgeoisie in letzter Instanz nur von der Gewalt der ArbeiterInnenklasse verdrängt werden kann.

V. Damit sind wir bei dem nächsten Punkt: der (bürgerlichen!) These der Celler Gefangenen von einem Gegensatz Staat - Gesellschaft. Sie sagen, die Erklärung der RAF richte sich an zwei AdressatInnen: Zum einen "an die Gesellschaft (...), an alle die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit konkret durchgesetzt werden kann" (gut). Und zum anderen an den Staat (böse). Diese Unterscheidung - die an ältere Formulierungen wie 'ganzer Mensch gegen imperialistisches Gesamtsystem' anknüpft - übersieht *erstens*, daß *die Gesellschaft selbst* von antagonistischen Widersprüchen (klassistische, patriarchale und rassistische Herrschaft) durchzogen ist, und daß *zweitens* **der Staat** als vermeintlicher Repräsentant des 'Allgemeininteresses' die **notwendige Folge dieser Gespaltenheit der Gesellschaft ist.**

VI. Die Celler Gefangenen begründen ihre Unterstützung für die Entscheidung der RAF stark mit dem Zusammenbruch des "real existierenden Sozialismus" (dies entspricht der Position der RAF selbst). Zu Ursachen, Ablauf und Folgen dieses Prozesses wissen sie aber nicht mehr zu sagen als, daß der "Realsozialismus (...) ja nicht unsere Orientierung" gewesen sei; außerdem: der vage Hinweis auf den Wunsch nach einer "gebrauchswertorientierten Gesellschaft". Wieso dieser Wunsch nicht in Erfüllung ging, welche Fehler gemacht wurden, was daraus gelernt werden kann: nichts, null. Ebenfalls nichts, null zur Frage der Abwicklung des politischen Personal dieses Systems, das doch anscheinend für die bisherige Praxis der RAF eine große Bedeutung hatte; nichts, null zu den politischen Prozessen, die in diesem Zusammenhang von der BRD-Justiz geführt werden; nichts, null auch zur Debatte über diejenige Organisation, die der RAF - bis zu dem erwähnten Zusammenbruch - das Problem mit ihren AussteigerInnen abgenommen hatte. Zu alledem nichts; nur Opportunismus: Realsozialismus zusammengebrochen, bewaffneter Kampf vorbei. Und: "Die kommende Ära wird eine Ära der sozialen Bewegungen sein; (...)." Das kennen wir schon von Anfang der 80er Jahre als Ex-Spontis und Ex-StalinstInnen den Weg in die GRÜNEN fanden ... - auch sie hatten anfänglich ihre revolutionäre Rhetorik aufrechterhalten.

VII. Der gleiche Opportunismus in Bezug auf die eigene Geschichte: Die (revolutionäre) Identität speist sich nicht aus ihren heutigen Überlegungen und ihrem Widerstand im Knast, sondern aus ihrer Geschichte: "Die versuchen uns zu zwingen, daß wir unsere Geschichte leugnen und verwerfen. Sie wollen ein Bekenntnis für ihre Herrschaft." Die heutige Opposition wird aus der eigenen **Geschichte** - und zwar nur aus dieser - abgeleitet: "(...); es gibt eine historische und moralische (sic!) Legitimation, hier in dieser Gesellschaft den bewaffneten Kampf geführt **zu haben.**"
Da sich die eigene Identität nur aus der Geschichte und nicht aus der Gegenwart speist, muß die Geschichte der RAF weiterhin von Kritik freigehalten werden: Die RAF habe keine Niederlage erlitten, sondern sei eine Grenze gestoßen!

Ohne Selbstkritik keine revolutionäre Neubestimmung!

Sind 20 Jahre RAF genug ? - Offene Diskussion über die letzten Interviews

* Ist es richtig, wenn die RAF heute aufmacht, obwohl sich am System selbst nichts zum besseren gewendet hat?

* Was würde eine RAF bringen, die weitermacht wie bisher?

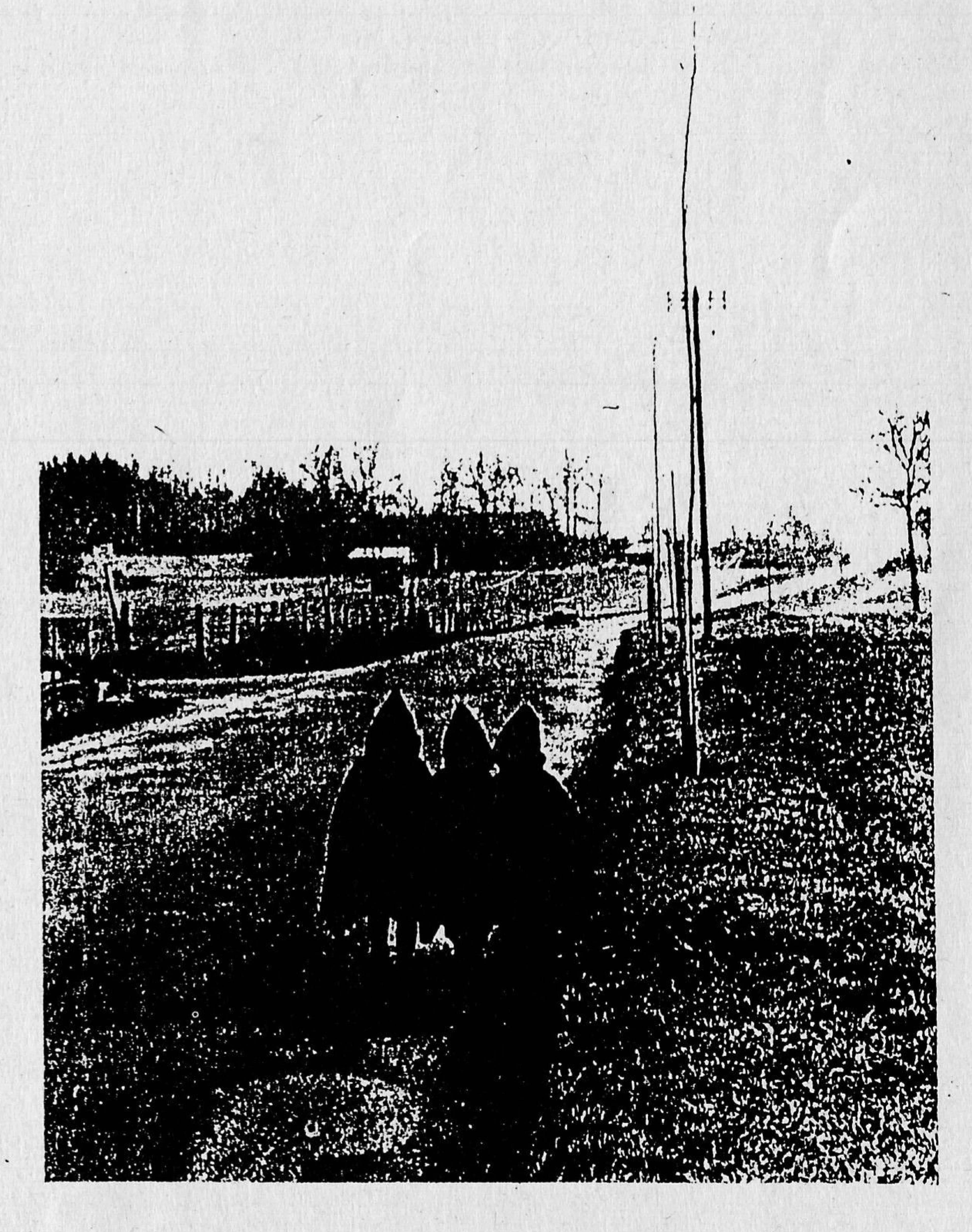
* Was kann sich an positiven Anstößen in der Linken ergeben, wenn sie ihre Aktionen einstellt oder ganz aufhört? Bzw. wäre nicht jedes "Ende" der RAF "eine Belastung für die Linke"?

* Inwieweit ist die neue Orientierung der RAF auf soziale Bewegungen, die sich aus den Interviews herauslesen läßt, wirklich erfolgversprechend? Schließlich haben andere Linke 15 Jahre lang eine solche Politik in und mit Bewegungen/BürgerInneninitiativen gemacht und sind dabei auch "an ihre Grenzen gestoßen". Was also wäre an der Neubestimmung, von der die Rede ist, ernsthaft neu?

Das konkret-Interview mit den Gefangenen in Celle und das im ak abgedruckte Gespräch mit den Lübecker Frauen sind in aller Munde. Unserer Meinung ist es wichtig, die Diskussion von den WG-Tischen in die Öffentlichkeit zu tragen. Schließlich ist von den Celler Gefangenen eine Neubestimmung der Linken eingefordert worden, die über die Grenze der RAF weit hinaus geht. Das evtl. mögliche "Ende" der RAF ist ein Wagnis, es kann eine Dynamik in Gang setzen, es kann aber auch eine Niederlage werden. Damit es die nicht wird, brauchen wir die politische Debatte über neue Ansätze und Versuche außerhalb der bisherigen Konzepte.

Auf dieser Grundlage können wir uns eine offene Diskussion vorstellen. Nicht um uns gegenseitig um den Kopf zu knallen, daß wir sowieso alles längst gewußt haben, und auch nicht um x-ten Mal die bekannte Platte "Autonome vs. Antiimps" abzuspielen. Wir leben in einer Zeit des Umbruchs, nützen wir sie.

"Eine positive oder eine negative Veränderung- das ist hier die Frage, denn die Rückendeckung, die es da gegeben hat, war ja eine recht zwiespältige Angelegenheit, bereits im Vietnamkrieg. Sie hat eine gewisse zentralperspektivische Mentalität aufrechterhalten, und wir erfahren heute in Diskussionen etwa mit den Tupamaros, daß dieser Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten auch einen befreienden Effekt auf die Linke, auf die politischen Bewegungen hatte. Sie sind auf sich selbst zurückgeworfen und überlegen, wie sie aus den ganz konkreten eigenen Bedingungen und der eigenen Geschichte eine sozial emanzipative Perspektive entwickeln können. Und das muß die Linke hier auch tun". (Lutz Taufer)



Die drei Hauptströmungen der militanten Linken auf ihrem Weg ins Glück

Montag 22.Juni 18.30 Uhr LAZ, Crellestr.22

Große Gegendemo

Wann: Am 20.06.92
Wo: in Weimar

Am 20.06 veranstalten die Nationale Offensive und andere Fascho-Gruppen eine Demo gegen die Linken und angeblich zum Gedenken der Helden des Volksaufstandes (die sich gegen diesen Mißbrauch leider nicht mehr wehren können). Wir werden uns alle Mühe geben, diese Demo zu verhindern.

Dazu brauchen wir EURE Hilfe.

Das ist der offiziell verantwortliche "Obernationale" **Thomas Dienel**



...emalige FDJ-Sekretär Thomas Dienel jetzt Parteivorsitzender ...zig Neonazis gründeten in der Nacht zum 20. April mit der „Deutsch Nationalen Partei" (DNP) eine neue „radikal nationale Partei". Der thüringische ...D-Landesvorsitzende Dienel ist erster Bundesvorsitzender.

Treffpunkt: Bis 20.06. 12.00 Uhr bei d[e]
Gerberstrasse 1 und 3 im Garten

Wir erwarten euch ab Freitag dem 19. Bringt Schlafsack und wenn möglich Zelte mit.

Kein § 218 in Ost und West!

Keine Kriminalisierung. Keine Zwangsberatung. Keine Entmündigung.





Kommt alle zur Bundesweiten Demonstration, Kundgebung und Spektakel

am 20. Juni 1992 in Berlin

Treffpunkt: 11.00 Uhr am Rosa-Luxemburg-Platz

Demonstration über Haus der Presse, Berliner Rathaus, Haus des Reisens zum Kollwitzplatz

Wehren wir uns gemeinsam!

Frauenpolitischer Runder Tisch

UFV, Lisa-FAG der PDS, DF e.V., Bündnis 90, § 218-Gruppe Westberlin, Frieda-Frauenzentrum, Frau und Familie, FFGZ, § 218-Koordination, Frauen machen Staat e.V. EWA-Frauenzentrum u.a.

an alle frauenlesben ⚢⚢⚢⚢⚢⚢⚢⚢⚢⚢⚢⚢

Bleiberecht und freie Wahl des Aufenthaltsortes für alle Flüchtlinge!

Für einen starken antirassistischen Kampf!

Autonome Gruppen

Liebe Grüße an die Antirassistische Gruppe (ARAG)

prozeß wegen widerstand gegen die rassistische abschiebungspraxis von flüchtlingen in die ehemalige ddr
am freitag, 26. juni um 10.30
turmstr. 91 raum I/371



über die außenstelle der ausländerbehörde am waterlooufer wurden und werden flüchtlinge gegen ihren erklärten willen und ohne aufklärung über ihre rechtlichen möglichkeiten in die ehemalige ddr gezwungen.
im oktober/november 91 gab es dazu gegenmobilisierungen und versuche, diese zwangsmaßnahmen gegen flüchtlinge zu verhindern. unter anderem wurde zu blockaden gegen die bustransporte, die zu dieser zeit für die reibungslosen zwangstransporte vom senat finanziert wurden, aufgerufen.
busunternehmen wie z.b. "bayern-express" verdienten an den wöchentlich durchgeführten zwangstransporten der flüchtlinge in die ehemalige ddr.
nachdem eine antirassistische gruppe (arag) mitte oktober 91 ihrer forderung nach freier wahl des wohnortes für alle flammenden ausdruck verliehen hatte, indem sie busse vom "bayern-express" fahruntauglich machten, um weitere zwangstransporte zu verhindern, waren busunternehmen nicht mehr bereit, flüchtlinge mit "ihren" bussen abzuschieben. leider ist den rassistischen schweinen der ausländerbehörden ein anderer weg eingefallen, um die flüchtlinge auch weiterhin von berlin aus in die ehemalige ddr zu zwingen. die flüchtlinge kriegen jetzt einzeln bahnfahrkarten zugewiesen.
am 10. oktober 91 wurden während einer blockade mehrere weiße lesbenfrauen festgenommen, und ermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet. ein verfahren wurde eingestellt. ein prozeß gegen eine weiße frau endete mit freispruch!

frauenlesben:
kommt zum prozeß! unterstützt die angeklagte durch eure **phantasievolle anwesenheit!**

freitag, 26 juni 92
um 10.30
in der turmstr. 91 (u-bahn turmstr.)
raum I/371

DAS OFFIZIELLE PROGRAMM DES WWG (Stand Mitte Mai) :

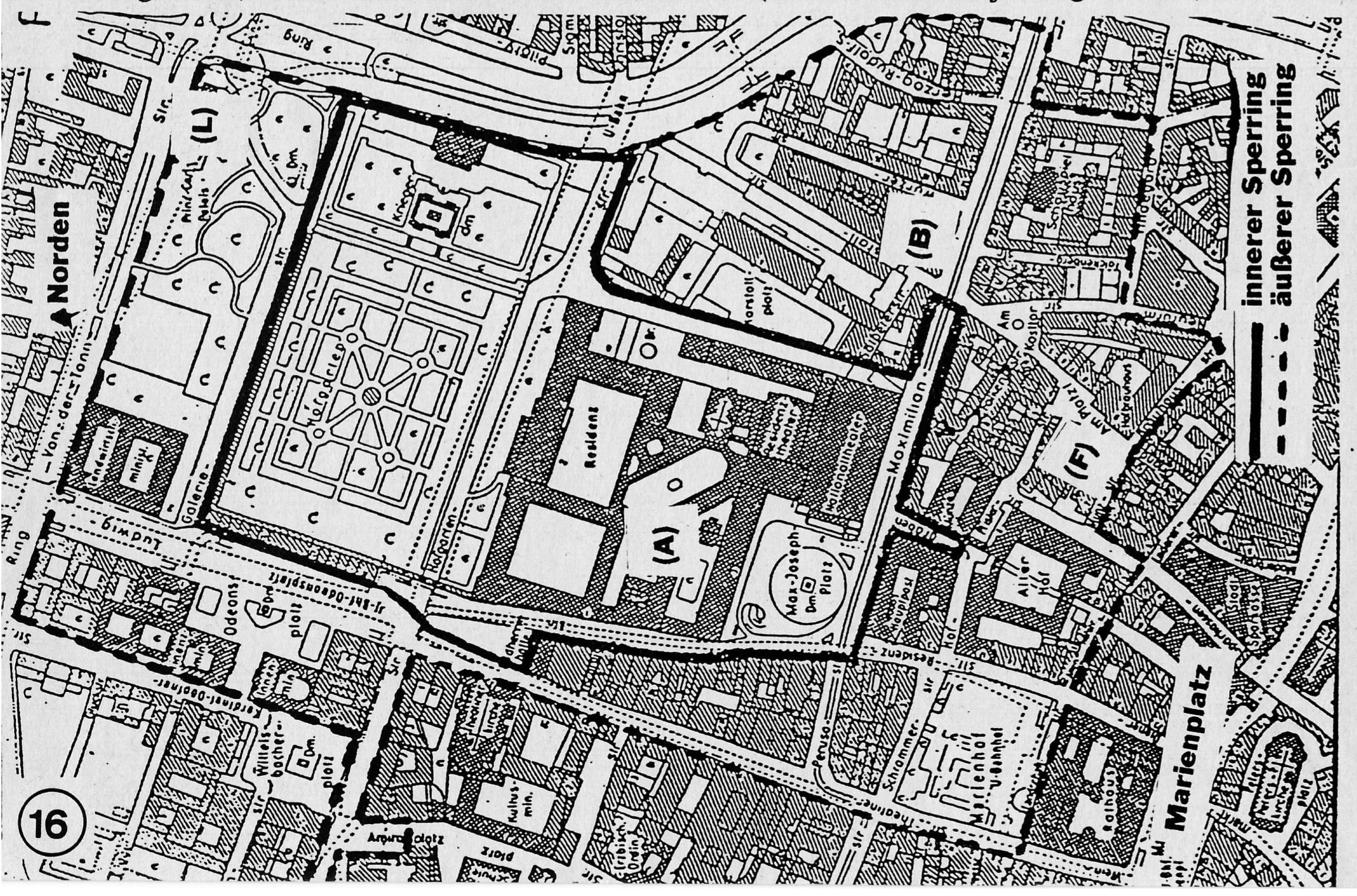
Wo sie wohnen (Buchstaben in Klammern siehe Plan):
-BRD, Hotel Vier Jahreszeiten, Maximilianstr. (B)
-Frankreich, Hotel Bayrischer Hof, Promenadeplatz (C)
-Japan, City Hilton, Rosenheimerstr. (D)
-USA, Sheraton, Arabellapark (E)
-Canada, Hotel Rafael, Am Platzl (F)
-Italien, Hotel Continental, Max-Josef-Str. (G)
-England, Park-Hilton, Am Tucherpark (H)
-Jelzin, Hotel Marriott, Berlinerstr. (I)
Weitere beteiligte Hotels: Königshof, Stachus (K) und Arabella, Arabellapark (E)

Sonntag:
Ankunft der Delegationen (Flughafen im Erdinger Moos), Bilaterale Gespräche Kohl - Bush (15.00), Kohl - Mulroney (15.30) im Vier Jahreszeiten (da gibts sicher noch mehr "bilaterales" bla-bla).

Montag:
Ca.10.00 bis 11.50, Offizielle Begrüßung der Delegationen mit Marschmusik, Gebirgsschützen, Nationalhymnen und -fahnen und Bevölkerung (so stehts geschrieben) auf dem Max-Joseph-Platz gleich hinter der Residenz (A).**Da werden wir sie begrüßen! (s.h. Aktionstageprogramm).**
ca. 12.00 bis 13.45, Mittagessen im Spatenhaus gleich beim Max-Joseph-Platz (zu Fuß).
ca. 1400 bis 18.00, Beginn der Konferenz im 1. Obergeschoß der Residenz.
anschließend Fahrt zu den Hotels, **ab 19.25** Abfahrt nach Schloß Nymphenburg
20.00 Begrüßung im Schloß, Aperitiv etc.
20.40 bis **22.30** Abendessen in den Pavillons im Schloßpark, **anschließend** Fahrt zu den Hotels.

Dienstag:
ab 9.00 bis 17.00,Weißwurstfrühstück im Spatenhaus, Tagungen, Pressekonferenzen, Mittagessen in der Residenz, **anschließend** zu den Hotels.
ab 18.45 bis 22.45, zurück zur Residenz zu Ballettvorstellung und Abendessen mit Streibl, **anschließend** Fahrt zu den Hotels.

Mittwoch:
ab 8.40 bis 12.45, Plenarsitzung, Verlesung der Gipfelerklärung, nationale Pressekonferenzen in der Residenz. **Ca.10.00** Ankunft Jelzin am Flughafen, Fahrt zum Hotel.
13.15 bis 14.45 Mittagessen mit Weizäcker im Prinz-Carl-Palais (L), mit dem Auto.
15.00 bis 18.00 Plenarsitzung mit Jelzin (Residenz), **anschließend** Verabschiedung, Abfahrt der Delegationen, Pressekonferenz von Kohl in der Residenz (andere vorr. in den jeweiligen Hotels).



Vorläufiges Programm der Aktionstage:

Samstag 27.6. Aktionstag zur Mobilisierung:
In allen Stadtvierteln Infotische, Kundgebung, Umzüge etc.

6.7. Montag bis 8.7. Mittwoch:
- Infobörse am Marienplatz von 9 - 19 Uhr
- Täglich um 19 Uhr genießen wir gemeinsam den lauen Sommerabend am Stachus
- Täglich Aktivitäten verschiedener Gruppen mit dezentralem Charakter, z.B. Straßentheater, Performance, Agit-Prop-Gruppen, Veranstaltungen, etc. - zu Militär, Bundeswehr, UNO-Blauhelme - gegen Faschismus - zu Bevölkerungspolitik - zu Gentechnologie (Europäisches Patentamt) - zur "Ostkolonisierung der DDR" (Gruppen aus der Ex-DDR) etc.

6.7. Montag:
- ab 10 Uhr: Wir begrüßen die Delegationen des Weltwirtschaftsgipfels auf dem offiziellen "Empfang mit Bürgerbeteiligung" am Max-Josephs-Platz vor der Residenz
- 15.30 Uhr: Zentrale Aktion der bundesweiten Frauen/Lesben-Mobilisierung: Kundgebung und Demonstration vom Sendlinger Tor zum Frauen- und Jungendknast Neudeck
- 18 Uhr: Kundgebung "Kein Platz für Kolumbus" am Kolumbusplatz
- 20 Uhr: Veranstaltung im Haus International

7.7. Dienstag:
- Frauen und Lesbenaktionstag
- 9 Uhr: Gemeinsame Aktion zur Situation von politischen Gefangenen / Menschenrechtsverletzungen / politischer Verfolgung weltweit: Infomarkt und Kundgebung am Stachus/Justizministerium, von dort um 11 Uhr Demonstration über den Platz der Opfer des Nationalsozialismus zum US-Konsulat
- Nachmittag: Gemeinsame Aktion zu Asyl und Migration, gegen Rassismus und die Festung Europa: Ziel KVR oder Innenministerium
- 17 Uhr: Straßentheater "die 7 letzten Tage der Menschheit" am Sendlingertorplatz
- 20 Uhr: "Gegen Rassismus zu Asyl und Abschiebung" Veranstaltung des antirassistischen Bündnisses
- 20 Uhr: Konzert gegen den WWG im Nachtwerk, Landsbergerstr. 125

8.7. Mittwoch:
- 15.30 Uhr: Abschlußaktion aller Menschen und Gruppen, die sich an den Aktionstagen beteiligen:
  Auftaktkundgebung an der Hans-Seidel-Stiftung (Lazarettstraße, U1 Maillingerstr.).
  Anschließend ein plakativer Umzug mit Straßentheater und Performance, auf dem alle in den Aktionstagen dargestellten Themenschwerpunkte nochmals gemeinsam auf die Straße gebracht werden.
  Route: Justizpalast, Museen (kultureller Raub), Deutsche Bank, Börse.
  18 Uhr Abschlußkundgebung: Jagdmuseum.
- 20 Uhr: Konzert gegen den WWG im Nachtwerk, Landsbergerstr. 125

Informationsstellen
(von Fr. 3.7. bis Mi. 8.7. ständig geöffnet):

Büro des Münchner Bündnisses gegen den WWG und Schlafplatzbörse; Holzstr.2, 8 M 5, Tel. 268 123
Infoladen; Breisacherstr. 12 (Keller), 8 M 80, Tel. 448 96 38
Eine Infostelle für Frauen/Lesben wird noch eingerichtet
Dritte-Welt-Café, Daiserstr. 9, 8 M 70, Tel. 77 26 96

Kontaktstellen:
Friedensbüro, Isabellastr. 6, 8 M 40, Tel. 271 5917
Komm-Treff, Pariserstr. 18, 8 M 80
Frauen-Koordination c/o Werkhaus, Leonrodstr. 19, 8 M 19, Tel. 16 81 16 (Für Frauen/Lesben)
Komala, Westendstr. 49, 8 M 2 (Für kurdisch-türkische GenossInnen)
Volkshaus, Goethestr. 18, 8 M 2 (Für kurdisch-türkische GenossInnen)

Schlafplätze gesucht:
Alle, die Schlafplätze für die Zeit vom 3. - 8. Juli anbieten können, melden sich bitte beim Büro des Münchner Bündnisses, Tel. 268 123.

Spendenkonto:
Markus Viellvoye/Sonderkonto, Stichwort: **Demonstration**; Ktn. 86795-801; Postgiroamt München; BLZ 700 100 80

Internationaler Kongress gegen den Weltwirtschaftsgipfel,
Fr. 3.- So. 5. 7. in der Unversität München

Der Kongreß wird veranstaltet vom Sprecherrat der Universität München und unterstützt von einem breiten Bündnis.

Freitag 3.7. 18 Uhr:
Eröffnungsveranstaltung:"Die neue Weltordnung, Entwicklungen in Osteuropa, die Rolle der BRD"

Samstag 4.7. 9- 13 Uhr und Sonntag 5.7. 9 - 11.30 Uhr:
Foren mit Diskussion in Arbeitsgruppen zu den Themen:
- 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand - Demokratie und Menschenrechte in der Neuen Weltordnung
- Rassismus und Flüchtlingspolitik
- Ökologie
- Herrschaftssicherung und Rüstungspolitik
- Osteuropa/GUS
- Frauen und Bevölkerungspolitik
- Weltwirtschaft

Sonntag 5.7. 12 - 14 Uhr
Abschlußplenum

Informationen zum Kongreß gibt es im:
Kongressbüro Sprecherrat der LMU, München
Leopoldstr. 15
8000 München 40
Tel. 089-2180-2072
Fax 089-38196-133



Damit die Verantwortlichen für das "500jährige Reich" mit ihren Jubelfeiern und Gipfeltreffen nicht die nächsten 500 Jahre einläuten können, versuchen wir mit unseren Anstrengungen einen Kontrapunkt zu setzen. So lautstark wie möglich auf der Straße und diskussionsfreudig in den Begegnungen. Diese Auswahl von Texten orientiert sich an den Themen und Fragestellungen, wie sie für die Demonstration, die Aktionstage und den internationalen Kongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München entwickelt wurden.

Angefragt und ungefragt haben wir Materialien aus verschiedensten Publikationen entnommen: Megaphon, taz, atom, Perspektiven, Arbeiterkampf, Was Lefft, ila, woz, stadtratte, isw, konkret.... Auch haben wir sie nach unserem Belieben bearbeitet.

Bestelladressen:
ANTI-WWG-INFO c/o "3.Welt"-Haus, Westerbachstr. 40, 6 Frankfurt/M.-90
AK WWG c/o Infoladen, Breisacherstr. 12, 8 München-80
DM 7.00

Materialien gegen den Weltwirtschaftsgipfel

"Gegen IWF und Weltbank", Beiträge vom internationalen Gegenkongreß 1988/Pahl-Rugenstein/DM 7.80 ##
"Schuldenkrise und 3. Welt"/Pahl-Rugenstein/DM 6.80 ##
"500 Jahre: Kontinuitäten kolonialistischer Politik", BUKO-Reader zur "Kampagne 92"/ Informationsstelle Lateinamerika (ila), Heerstr. 205, 53 Bonn-1/DM 5.00 ##
"Nationen ohne Staat", Begleittexte für die Anti-Conquista-Woche in Freiburg, Okt. 91/ Mapuche-Informationszentrum, Habsburgerstr. 9, 78 Freiburg/DM 3.00 ##
"Frauen und Kolonialismus", V. Centario Nr. 2/ DM 4.00 ##
"Indigenas, Organisationen und Positionen", V. Centario Nr. 3/DM 5.00 ##
beides über: FDCL, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin-61
"Die Zeit des Blues ist vorbei", Comrade George & Attica/AGIPA-Press, Eichenbergerstr. 9, 28 Bremen-1/DM 24.00 ##
"Strange Fruit", Ingrid Strobl/Aurora, Knobelsdorffstr. 8, 1 Berlin-19/DM 10.00 ##
"Das 500jährige Reich", Texte/Monimbo, Darmstädter Str. 23, 6057 Dietzenbach/DM 19.80 ##
"Die Neuentdeckung Amerikas", Hg. H. Dieterich/Lamuv/DM 29.80 ##
"Sieger und Besiegte im 500jährigen Reich/ Pahl-Rugenstein-Nachf., Breite Str. 53 Bonn/ DM 24.80 ##
"Assata", Biografie von Assata Shakur/Agipa-Press, Eichenberger Str. 9, 28 Bremen 1/DM 29.80 ##
Mohsen Fasel (Iran): "Aufzeichnungen aus dem Gefängnis/DM 10.00 ##
"Europa 1993 - Der große Zauber", Bewegungstexte/Unrast-Verlag, Querstr. 2, 44 Münster/DM 14.80

Alle mit ##-gekennzeichneten Bücher können auch bestellt werden bei (plus Porto): AWI 1992 c/o "3.Welt"-Haus, Westerbachstr. 40, 6 Ffm-90

Materialienliste des AK WWG München:
"Der Bonner Gipfel", Dokumentation der Aktivitäten gegen den WWG mai 1985, 80 S./DM 6.00
"Der Internationale Währungsfond - oder die Vernichtung hat Methode", 1985, 40 S./DM 4.00
"Unterdrückung, Hunger, Krieg, Die Folgen imperialistischer Politik", Materialien gegen den WWG 1985, 75 S./DM 6.00
"Ansätze zum zusetzen/durchsetzen/umsetzen/fortsetzen, ohne uns Frauen läuft nix", 1988, 60 S./DM 6.00
"Tupamaros, Von der Stadtguerilla zur Massenpartei", 1991, 60 S./DM 6.00
"Von der Geldmacht zur Weltmacht?, Aspekte zu Ökonomie und Politik Großdeutschlands, 1990, 40 S./DM 4.00
zu bestellen (plus Porto) über: AK WWG c/o Infoladen, Breisacherstr. 12, 8 München-80
Außerdem:
HERTZSCHLÄGE, Musikkassette für die Anti WWG-Mobilisierung/DM 10.00
Trillerpfeifen mit dem "1992"-Aufdruck/DM 2.00
Kugelschreiber mit dem Aufdruck: "Gegen die HERRschende Weltordnung/Widerstand-Befreiung-Alternativen"/DM 1.00

26. 6.: **VV zur Vorbereitung der Demo in München**
Wie hinfahren? Informationen und Diskussion für alle, die am 3./4. 7. nach München fahren wollen.

Ort: **Versammlungsraum Mehringhof**
Der EA wird auch dort sein, es findet kein Extratreffen statt wie in der letzten Interim angekündigt wurde.

egin

IRAKURLE KRITERIODUNAK

UND SCHLUSS? - FAZIT

Eine subjektive Auswahl von Berichten aus einer linken baskischen Tageszeitung - herausgepickt und übersetzt vom ÜbersetzerInnenkollektiv Nürnberg.

JETZT LÄUFT ALSO BALD UNSER ABO AUS...

...und wir haben uns entschieden, die egin-Seiten erstmal nichtmehr weiter zu machen.

Seit zwei Jahren haben wir mehr oder weniger kontinuierlich versucht, gegen die Zensur der bürgerlichen Presse hier anzustinken, indem wir aus der egin, die es im Baskenland täglich an jeder Ecke zu kaufen gibt, übersetzt oder zusammengefaßt haben. Der Tageszeitungscharakter bringt es mit sich, daß bei solch einem Übersetzungsprojekt spätestens der/die dritte MitarbeiterIn entweder einen Stapel oder eine Vorauswahl an Material bekommt (wenn nicht gerade alle zusammenwohnen), und das heißt, daß es ziemlich schwierig ist, die Arbeit auf viele zu verteilen. (Es sei denn, es würde eine Hierarchie in der Arbeit eingeführt, indem die Einen den Anderen einzelne Artikel zum Übersetzen geben.)

Täglich zwischen 40 und 60 Zeitungsseiten, da stellt sich natürlich die Frage der Auswahl: Sport, Wetter rauszuschmeissen, fällt noch leicht, aber dann bleibt noch eine Menge an Material zu Euskadi, spanischem Staat und dem Rest der Welt.

Aus Gründen der Arbeitsüberlastung mußten wir weitere (z.T. sehr interessante)Sachen rauslassen. Das waren erstmal Geschichten wie zuletzt Newroz in Kurdistan, worüber hier authentische Informationen zu bekommen waren, oder auch Prozesse, die sowieso im Gespräch waren, worüber die bürgerliche Presse berichtete, wenn auch verzerrt, wo es also möglich war, zwischen den Zeilen zu lesen...

"Eine subjektive Auswahl von Berichten"...Eine ganze Zeitlang lag unser Schwerpunkt auf der Hintergrundberichterstattung über Euskadi. Das wurde dem internationalistischen und völkerverbindendem Charakter der egin nicht gerecht und erweckte den Anschein, die baskischen NationalistInnen blickten nicht über den Tellerrand. Aber aus der egin ist ein inniges solidarisches Verhältnis zu Befreiungsprozessen in der ganzen Welt spürbar, es gibt eine Fülle an Interviews, fundierter Hintergrundberichterstattung aus aller Welt.

So oder so kann eine Auswahl an Berichten und Diskussionsbeiträgen aus einer Zeitung nicht dasselbe leisten wie eine breit getragene und gelesene realexistierende linke Tageszeitung. Das zeigte sich auch beim Kriterium der Aktualität.

Ganz davon abgesehen, daß der normale Postweg zwischen drei Tagen und drei Wochen dauerte - manchmal wurden wir den Verdacht nicht los, daß da jemand mitlas: Während des Golfkriegs etwa, als die egin ausführlichst über den Widerstand gegen den Krieg in aller Welt berichtete, brauchten die Zeitungen extrem lange; Zwei Ausgaben zum Ende des GRAPO-Hungerstreiks haben uns nie erreicht; Und ein Artikel zum selben Thema war sogar mit schlechtradierten Bleistiftanmerkungen versehen...

Wie dem auch sei: Die Post ist nicht neutral und der Verdacht, Zeitungen aus dem Ausland würden zumindest stichprobenartig von der Stasi überwacht, sicher nicht abwegig. Beides bedeutet, daß schnelles Reagieren auf aktuelle Ereignisse nur bedingt möglich ist.

Nüchtern betrachtet war unsere Arbeit also "nur": Hintergrund- und authentische Information, z.T. Durchbrechen von Nachrichtensperren oder systematischem Verschweigen von Kämpfen und auch Diskussionsprozessen durch die bürgerliche Presse. Eine Bestimmung unserer Arbeit war auch von Anfang an, weitere solche Initiativen anzuregen. Es ist ja auch so, daß die Massenmedien umso mehr zu "wahrheitsgemäßer" Berichterstattung gezwungen sind, je mehr authentische Information en zum Thema erhältlich und publik sind.

Praktisch war es eine "Dienstleistung", die wir einerseits weiterhin für nötig halten, die andererseits naturgemäß wenig Feedback brachte. Um Ermüdungserscheinungen zu vermeiden wäre es nötig, gemeinsam zu bestimmen, welche Städte oder Zusammenhänge welche Zeitungen oder Texte kontinuierlich übersetzen. Dann wären die ÜbersetzerInnen nicht so auf sich gestellt. Das würde den Willen zu einer internationalen Organisierung voraussetzen und müßte dann auch in der anderen Richtung laufen: Daß Texte aus der BRD den GenossInnen im Ausland zugänglich gemacht werden. Besteht dazu noch nicht die Notwendigkeit? Ist die Zeit dazu noch nicht reif?

Wir rufen alle auf, die Sprachkenntnisse haben (und diese mit solch einer Arbeit verbessern können), Zeitungen und Texte aus dem Ausland zu übersetzen und so dazu beizutragen, daß eine internationale Diskussion entsteht über die Perspektiven einer weltweiten Befreiung!

Ohne Geschichte keine Zukunft! Schreiben wir unsere eigene Geschichte! Gegen das Verschweigen und die Lügen der bürgerlichen Presse! Gegen Worte als Waren wahre Worte!

DER BASKISCHE REVOLUTIONÄRE NATIONALISMUS

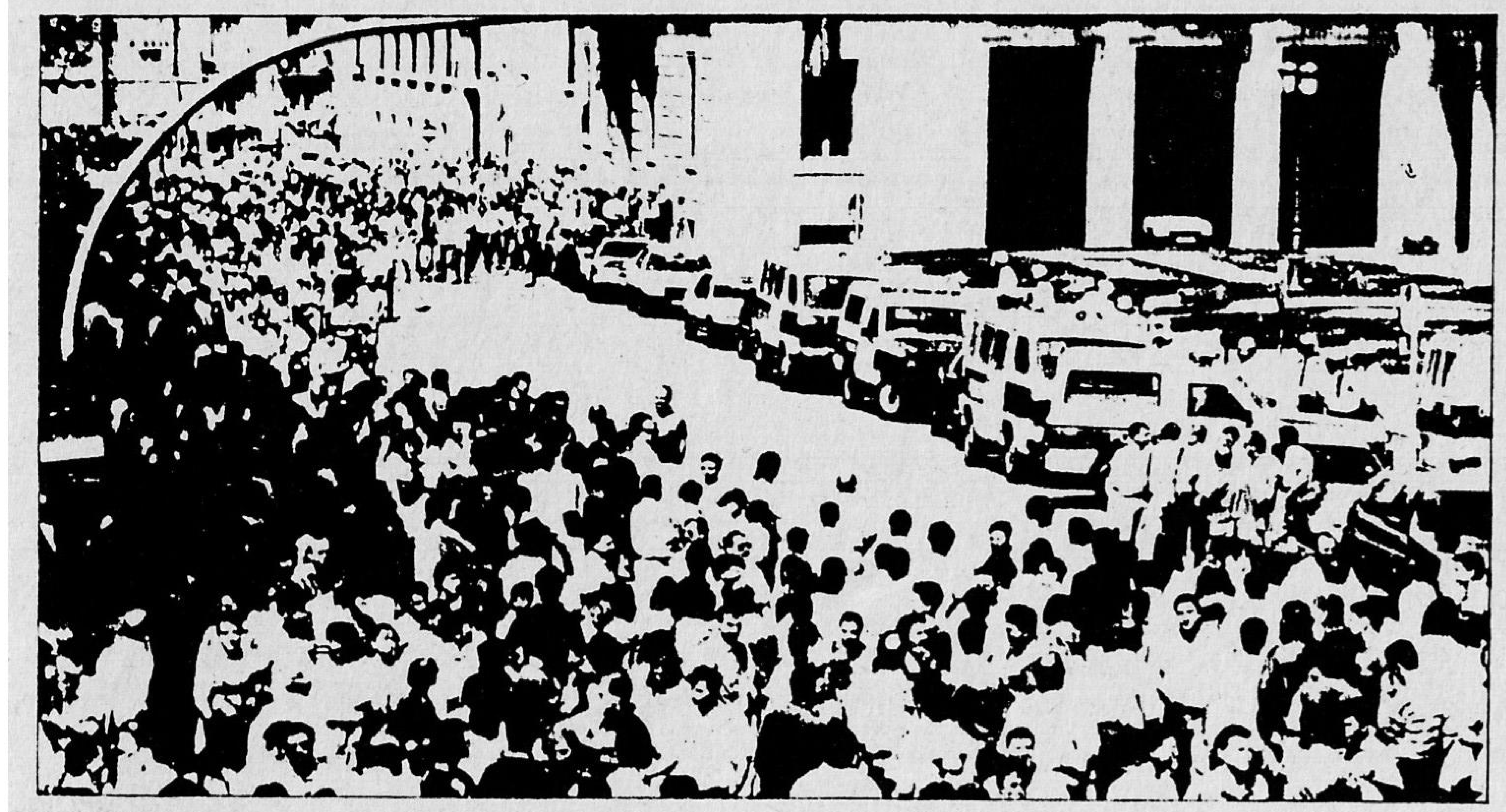
(Abgeänderte und gekürzte Version eines Diskussionspapiers des BaskenlandArchivs Berlin)

- Es ist unreflektiert, Nationalismus grundsätzlich zu verurteilen. Es zeugt non politischer Ignoranz und Selbstüberschätzung, die eigenen Interpretationen/ Erfahrungen von/mit Nationalismus wie eine Schablone auf andere Länder und Regionen zu übertragen. Eine solche Haltung ignoriert die Existenz einer regionalspezifischen Historie. Eine genaue Untersuchung der Ursachen nationalistischer Bewegungen ist wichtig, wobei sich solche Untersuchungen vor allem auf die politische Praxis "nationalistischer" Bewegungen konzentrieren sollten, anstatt sich auf theoretisch-akademischem Feld an unterschiedlich verwendeten Begrifflichkeiten aufzuarbeiten.

So ist in Euskadi "baskisch sein" fast schon gesamtgesellschaftlicher Konsens (Über 70 % der WählerInnen wählen baskische Parteien), ein Konsens, aus dem auch die gesamte Linke nicht ausschert, die sich sicherlich nicht aus Chauvinismus oder Unkenntnis als "abertzaleak", PatriotInnen, bezeichnet. →

M. S.





Im Verlauf des massiv befolgten Generalstreiks am27.Mai 1992 gegen das neue Streikgesetz und die industrielle Umstrukturierung umzingelten fast 4000 Arbeiter in Gasteiz die Zivilregierung und das Gerichtsgebäude

←

Grundsätzlich gilt es zu unterstreichen, daß der Nationalismus unterdrückter Nationen eine wichtige Rolle bei der Wiedergewinnung der eigenen Identität und Kultur spielt, und damit auch zur Anpassung der Aufbaumodelle an die konkreten Bedingungen eines Landes enorm beitragen kann. Auch in den Reden bekannter Freiheitskämpfer, z.B. bei Mao Tse Tung, Gandhi, Sekou Touré, Kenyatta, Nkrumah, Neto, Cabral und Biko tauchen immer wieder Forderungen nach Überwindung des kulturellen Kolonialismus auf. Der 1973 vom portugiesischen Geheimdienst ermordete damalige Vorsitzende der Kapverdischen Befreiungsfront PAIGC, Amilcar Cabral, weist auf die essenzielle Rolle kultureller Opposition im Befreiungskampf hin:

"Solange ein Teil des Volkes zu einem kulturellen Leben fähig ist, ist der Fortbestand der Fremdherrschaft nicht gesichert. Bei jeder Gelegenheit, die die Entwicklung der jeweiligen Gesellschaft bestimmt, wird die kulturelle Opposition unausrottbar neue Formen (politische, ökonomische, militärische) annehmen und wird tendenziell zu einer ernsthaften Herausforderung für die Fremdherrschaft.

Ideale Voraussetzungen für Fremdherrschaft gibt es nur unter zwei Bedingungen: Entweder die Liquidation der gesamten Bevölkerung des beherrschten Landes, um damit alle Möglichkeiten des kulturellen Widerstands auszuschließen, oder sich im Lande zu etablieren, ohne dabei die Kultur des beherrschten Volkes zu zerstören, d.h. dieses Volk wirtschaftlich und politisch zu beherrschen, ohne dessen kulturelle Persönlichkeit zu berühren. Die erste Hypothese bedeutet Völkermord und schafft eine Lücke, die der Fremdherrschaft ihren Gegenstand wegnimmt: Das beherrschte Volk. Die zweite Hypothese ist in der Geschichte noch nie eingetreten." (Zit. aus der Peripherie Nr.8)

Obwohl der Kapitalismus in zunehmendem Maße Strategien entwickelt hat, einzelne für die Fremdherrschaft nicht bedrohliche oder sogar nützliche Elemente einer eigenständigen Kultur zu übernehmen, zu vereinnahmen oder zu "folklorisieren", so bleibt dennoch eindeutig, daß das Bewußtsein der Andersartigkeit, - das,was Cabral als "eigenes kulturelles Leben" bezeichnet - eine und vielleicht die entscheidende Wahrnehmungsebene ist, durch die die Unterdrückten die ökonomische, politische und soziale Fremdherrschaft in Frage stellen.



Demonstration zum Generalstreik in Donostia am 27.5.92

- In vielen Fällen erscheint die vom Kapital durchgesetzte Industrialisierung neuer Regionen, d.h. der Zusammenstoß eines Volkes mit dem Kapitalismus vor allem als national-ethnische Unterwerfung (wir verwenden hier einen Nationenbegriff, nach dem jede Ethnie, die sich bewußt ist, Ethnie zu sein und nach einem eigenen Staat strebt, Nation ist; Die Begriffe werden also austauschbar). Er bezieht sich hier auf die erste Industrialisierungsphase Ende des letzten Jahrhunderts.

Nach dem baskischen Theoretiker Inaki San Vicente de Gil ist der Motor des neuen Konflikts die soziale Unterdrückung (bzw. die darausfolgenden Kämpfe), die ethnische Frage wird parallel dazu zur Form desselben.

Der neuentstehende Antagonismus macht sich bemerkbar als Konflikt zwischen Kapital (als Fremdherrschaft) und noch nicht subsumierter Gesellschaft (als "kolonisierte" Ethnie). Für San Vicente de Gil und andere baskische TheoretikerInnen liegt hierin die dialektische Einheit von nationalem und sozialem Konflikt in Euskadi verankert:
"Mit einer ganzen Reihe von vorgegebenen geografisch-natürlichen, sozialen, politischen, militärischen Anforderungen und zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt der internationalen Aufteilung der Mehrwertabschöpfung zerstört die kapitalistische Akkumulation auf brutale Art die Strukturen der alten Gesellschaftsform. Plötzliche, unerwünschte und destabilisierende Veränderungen spitzen nun alle während Jahrhunderten angehäuften Widersprüche zu. Die Akkumulation vereinigt so die Vergangenheit mit der Gegenwart, das Innere mit dem Äußeren, das Kulturelle und Traditionelle mit dem Neuen: Alles wird durchgerüttelt. Wenn dieser sowohl strukturzerstörende als zu auch wiederum neue Strukturen schaffende Prozeß mit einem anderen Prozeß, der Entstehung eines Bewußtseins,der nationalen, kulturellen und bei manchen Völkern auch linguistischen Krise einhergeht, dann multiplizieren sich diese Widersprüche und erlangen eine eigene Identität." (aus Euskadi Info "Baskenland und nationale Frage")
Es ist deswegen nur einleuchtend, daß für die Theorie des baskischen revolutionären Nationalismus die sozialen und kulturellen Eigenheiten des baskischen Volkes konstituierende Elemente jedes sozialemanzipatorischen Projekts sein müssen.

Es ist in Euskadi geradezu begeisternd, mitzuerleben, wie eine konservative Kultur von politischer Organisierung und Klassenkämpfen geprägt und von Grund auf erneuert wurde. Die brutale Unterdrückung der baskischen Ethnie im Franco-Faschismus - 15.000 Tote von 1937 - 40, innerhalb von 20 Jahren Rückgang der Baskischsprechenden von 700.000 auf 524.000 trotz steigender Bevölkerungszahlen und insgesamt 150.000 Exilierte - aber auch die→



Eine Kämpferin und ein Kämpfer von 1936 bei einem Ehrenakt für die gefallenen ETArras.

bewußte Entscheidung eines Teils der revolutionären Linken (der ETA - V.Asanblada-Linie), sich explizit auf die Eigenheiten der baskischen Nation zu berufen, haben dazu geführt, daß eine mächtige linke Hegemonie innerhalb der baskischen Kultur entstehen konnte. Dieser über Jahrzehnte andauernde Prozeß drückt sich in den verschiedensten Aspekten aus:

- Anders als den meisten anderen europäischen Linken gelingt der baskischen die Fusion aus Altem und Neuem, die ihr drei wichtige Vorteile aber auch Nachteile verschafft. Erstens lassen sich aufgrund der heterogenen Altersstruktur im MLNV (Bündnis alter Nationalisten und junger RevolutionärInnen) die sozialen Konflikte nicht als Generationskonflikte verkaufen und somit entschärfen, wie es bsplws. mit der 68er Bewegung in der BRD geschah. Zweitens wird die Linke nicht als Fremdkörper wahrgenommen sondern als in der "kollektiven psychischen Struktur des Volkes" (Gil de San Vicente) verwurzelt, und damit als Weiterentwicklung und nicht als Bruch der eigenen Identität empfunden. Und drittens erlangt die baskische Linke damit ein Korrektiv, denn anders als die positivistische (im Sinne des Glaubens an gradlienige Entwicklung und industriellen Fortschritt) "traditionell-marxistische"Linke kann sie sich nicht als allwissende Avantgarde, sondern "nur" als Mittlerin zwischen Tradition und Emanzipation sehen. wobei wir"Mittlerin" nicht als politische Funktion, sondern als immanente Gegebenheit verstehen. Als Nachteil erwiesen sich die "Altlasten", d.h. die Übernahme des "Traditionellen", das ja nicht a priori gut ist, sondern oft genug im Widerspruch zu progressiven Ansprüchen steht.

- Politisierung über Kultur; durch die Hegemonie der Linken ist das politische Bewußtsein und d.h. auch die Sensibilität für alle Formen sozialer Emanzipation in Euskadi heute spürbar größer als in den anderen europäischen Ländern. Über die Grenzen der Linken hinaus sickert der politische Inhalt von Literatur, Musik und Volkskunst auch in traditionell-nationalistische, d.h. konservative Bevölkerungsschichten ein und verändert das dortige Bewußtsein. Wer heute die beste baskische Literatur lesen will, muß abgetauchte ETA-Militante wie Joseba Sarionandia oder Txillardegi lesen, wer sich für Volkskunst (z.B.Reimgesang) interessiert, wird mit politischen Themen konfrontiert sein und wer Sprachschulen der Alphabetisierungskommittees besucht, wird linke Bücher, linke LehrerInnen und linke Didaktik antreffen.

- Kultur in Euskadi ist aber mehr als nur ein Vehikel der Linken für ihre politischen Inhalte. Sie ist selbst politisches Programm. Einmal, weil die baskische Kultur von der Linken aufrichtig als eigene Identität begriffen wird, zum anderen aber auch, weil Kultur grundsätzlich als so etwas wie die subjektive, nicht-abstrakte Seite der Befreiung bezeichnet werden könnte.

Wird von lateinamerikanischen RevolutionärInnen behauptet, daß die Selbstentdeckungskampagne anläßlich der 500 Jahre Kolonialismus in Amerika auch eine Chance zur massenhaften Subjektwerdung sein könnte, so läßt sich etwas vergleichbares auch für Euskadis Wiederaneignung der Kultur sagen. (Volks-)Kultur ist immer auch er- und gelebter Moment kollektiven und individuellen Ausdrucks, also Bestandteil der Persönlichkeitswerdung. Das mag pathetisch klingen, aber: Der künstlerische und handwerkliche Ausdruck ist immer eine Form des "Erkenne Dich selbst". Gerade deshalb ist, wenn man/frau den revolutionären Prozeß als kollektive Subjektwerdung begreift, die partizipative Kultur Euskadis (vom Reimgesang über die Trachtengruppen, die Wandmalereien und den Rock radikal basko zum Volkssport) bereits an und für sich ein emanzipatorisches Moment, und mehr als nur ein Instrument der Politik. Was natürlich nicht den Schluß zuläßt, alle Menschen, die baskische Kultur praktizieren, seien Linke...



Termine

Donnerstag, 18. 6.

20.00 Zur Lage der Autonomen - Diskussion
mit Geronimo, H. Schenk, Tecumseh
S.O.S., Kollwitzstr. 64 HH

21.00 Film: Holger Meins
Daneben, Rigaer Str 84

Freitag, 19. 6.

17.00 Veranstaltung gegen die Kriminalisierung von pol. aktiven AusländerInnen
Halkevi, Kottbusser Damm 74

GRENZEN AUF !

Zur Situation von Flüchtlingen im ehemaligen Jugoslawien auf dem Weg in die Festung Westeuropa.

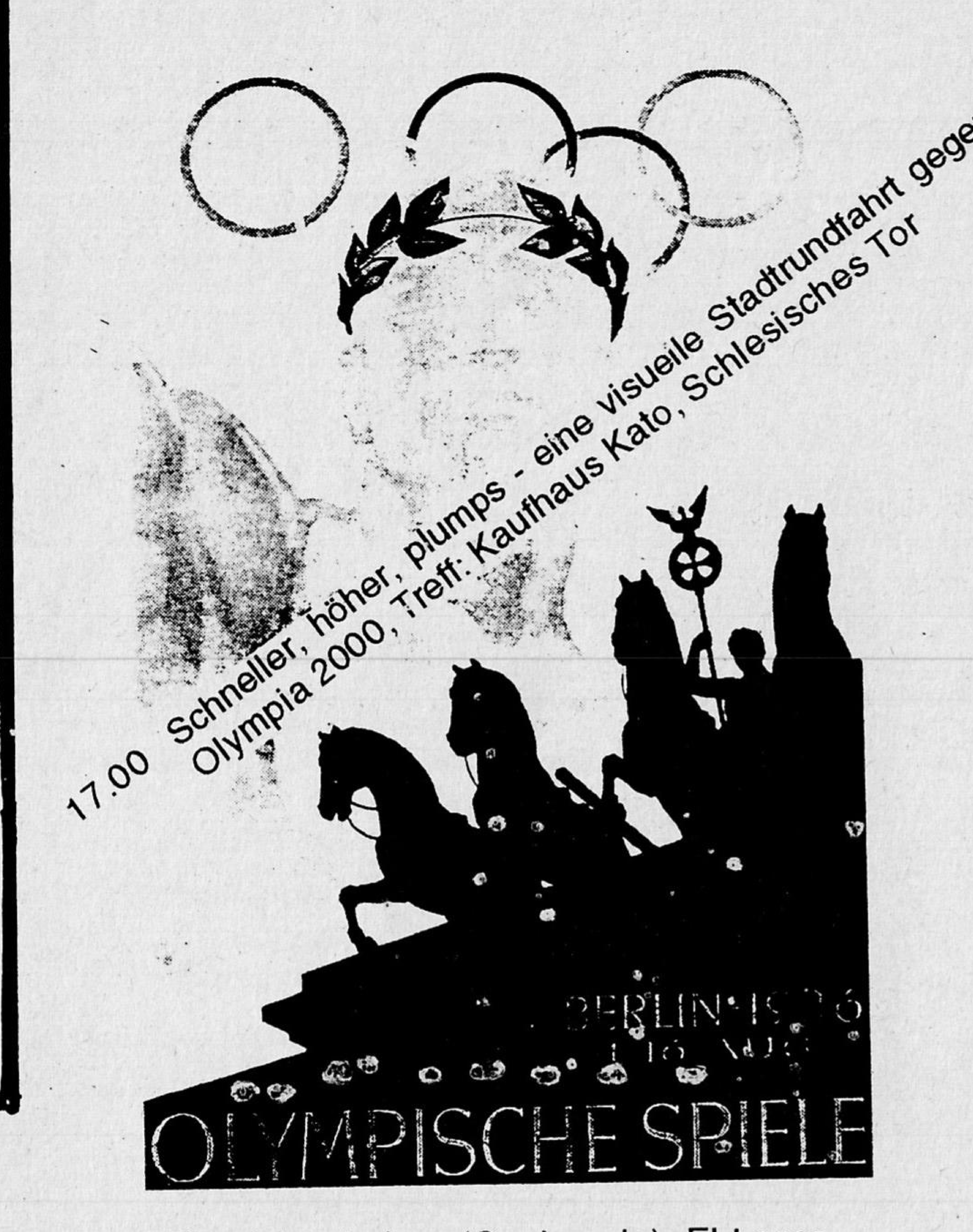
Berichte aus Ljubljana/Slowenien und Berlin

Borut Brumen, Nina Kozinc (Ljubljana)
Mira Renka (Treffpunkt für jugoslawische Frauen, Berlin)

im Rahmen der Veranstaltungsreihe: "Gegen die HERRschende Weltordnung".

Ort: Kaufhaus Kato, U-Bahnhof Schlesisches Tor, 1/36
Zeit: 19.6.92 19 Uhr 30

Berliner Koordinationsgruppe der Kampagne "500 Jahre Eroberung und Widerstand" und Antirassistisches Zentrum



17.00 Schneller, höher, plumps - eine visuelle Stadtrundfahrt gegen Olympia 2000, Treff: Kaufhaus Kato, Schlesisches Tor

18.00 Film: Daß alle sich erheben (Guatemala), El Locco

19.30 Veranstaltung zur Situation von Flüchtlingen im ehemaligen Jugoslawien auf dem Weg in die Festung Westeuropa
Kaufhaus Kato, Schlesisches Tor

20.00 Fete : Prozeßkosten Sevilla u. Demo München
im EX, Mehringhof

21.00 Lesung: Frauen in Lateinamerika
El Locco, Kreuzbergstr. 43

21.00 Internationale & homosexuelle Sommergala
Erbengemeinschaft Tuntenhaus, Kastanienallee 86





21.00 Fete aufm Gleisdreieck



Samstag, 20. 6.	01.00	Abfahrt zur Demo in Bonn Hallesches Tor vor Hertie Busfahrkarten im Scharze Risse u. O 21
	11.00	Fahrraddemo "Gegen die HERRschende Weltordnung" zum Thema Kolonialwaren Abfahrt am Wittenbergplatz (KaDeWe)
	11.00	Demo: Kein § 218 in Ost und West ! Rosa-Luxemburg-Platz
	12.00	Kiezspaziergang gegen Umstrukturierungspläne in Neukölln, Treff: Kindl-Festsäle Hermannstr.
	16.00	Strassenfest - Kollwitzstr.
	17.00	Tag der offenen Türen- Infos zum Projekt El Locco El Locco, Kreuzbergstr. 43
	??	Brasilianisches Fest Babylonia Cuvrystr. 23
	21.00	Film: Baader-Meinhof - Wege in den Untergrund Daneben, Rigaer 84
	22.00	Beamer Party - Video Nacht Born in flames-Rain in swing-City-+... El Locco, Kreuzbergstr. 43
	22.00	Party für Prozeßkosten Marchstr/Einsteinufer SFE, Gneisenaustr 2a
Montag, 22. 6.	18.30	Diskussion über die letzten RAF-Interviews LAZ, Crellestr. 22
Dienstag, 23. 6	21.00	Film: Born in flames
	23.00	Clash, Uferstr. 13 1/65
	21.00	Film: Deutschland im Herbst Daneben, Rigaer 84
Mitwoch, 24. 6.	20.00	Film: Kinder des Feuers Bandito Rosso
Donnerstag, 25. 6.	21.00	Film: Bruderland ist abgebrannt S.O.S., Kollwitzstr. 64 HH
	20.00	Veranstaltung: Wir lassen uns nicht plattwalzen Syndikat, Weisestr. 56
Freitag, 26. 6.	19.30	JobberInnen-/ArbeiterInnentreffen Rotkäppchen (Ecke Maybach/Friedelstr)
	??	VV zur Vorbereitung der WWG-Demo in München (mit EA-Infos) Mehringhof, Versammlungsraum
Samstag, 27. 6.	11.00	Antifa-Demo in Northeim (Markt) anschließend Rock gegen Rechts

Freiheit für alle politischen Gefangenen!





Lutz Taufer
Gefangener aus der RAF
in Haft seit 1975



Knut Folkerts
Gefangener aus der RAF
in Haft seit 1977



Karl – Heinz Dellwo
Gefangener aus der RAF
in Haft seit 1975



Gabriele Hanka
Gefangene aus dem Widerstand
in Haft seit 1989

Sigrid Happe
Gefangene aus dem Widerstand
in Haft seit 1989



Manuela Happe
Gefangene aus der RAF
in Haft seit 1984



Brigitte Mohnhaupt
Gefangene aus der RAF
in Haft seit 1982

Stefan Feifel
Gefangener aus dem Widerstand
in Haft seit 1989



Luitgard Hornstein
Gefangene aus dem Widerstand
in Haft seit 1986

Rolf-Clemens Wagner
Gefangener aus der RAF
in Haft seit 1979

Helmut Pohl
Gefangener aus der RAF
in Haft seit 1984

Bernhard Rosenkötter
Gefangener aus dem Widerstand
in Haft seit 1988

Gabriele Rollnik
Gefangene aus der RAF
in Haft seit 1978



Isabel Jacob
Gefangene aus dem Widerstand
in Haft seit 1990
haftunfähig



Irmgard Möller
Gefangene aus der RAF
in Haft seit 1972



Bernd Rößner
Gefangener aus der RAF
in Haft seit 1975
haftunfähig



Christian Klar
Gefangener aus der RAF
in Haft seit 1982

Andrea Sievering
Gefangene aus dem Widerstand
in Haft seit 1987

Christine Kuby
Gefangene aus der RAF
in Haft seit 1978



Hanna Krabbe
Gefangene aus der RAF
in Haft seit 1975



Ali Jansen
Gefangener aus dem Widerstand
in Haft seit 1988
haftunfähig

Michael Dietiker
Gefangene aus dem Widerstand
in Haft seit 1988



Karl Grasser
Gefangener aus dem Widerstand
in Haft seit 1985

Eva Haule
Gefangene aus der RAF
in Haft seit 1986

Christian Kluth
Gefangener aus dem Widerstand
in Haft seit 1986



Norbert Hofmeier
Gefangener aus dem Widerstand
in Haft seit 1986





Bärbel Perau
Gefangene aus dem Widerstand
in Haft seit 1986



Sven Schmid
Gefangener aus dem Widerstand
in Haft seit 1989



Rolf Heißler
Gefangener aus der RAF
in Haft seit 1979

Heidi Schulz
Gefangene aus der RAF
in Haft seit 1982



Erik Prauss
Gefangener aus dem Widerstand
in Haft seit 1987

Ingrid Jakobsmeier
Gefangene aus der RAF
in Haft seit 1984



Sieglinde Hofmann
Gefangene aus der RAF
in Haft seit 1980

Bundesweite Demonstration
20.6. in Bonn 12 Uhr
Heinrich Böll / Walter Flex Str

Kontakte und Informationen:

Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 6230 Frankfurt/M 8
Spendenkonto: O.Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 100 100 10, Konto Nr.: 44 86 30 – 102